

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4. Eintragungen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Fachstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 J. Gedächtnisanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Breh. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Wir müssen die nächsten Monate ausnutzen zu eifriger Werbearbeit für den Verband. Dabei müssen alle Mitglieder, denen das Wohlergehen des Verbandes und damit ihr eigenes Wohlergehen am Herzen liegt, mithelfen.

### Das Wirtschaftsjahr 1912.

#### II.

#### Die Lage im Verbandsgebiet.

Ueber die wirtschaftliche Lage, den Beschäftigungsgrad, die Aussichten in den Industriezweigen, die als Agitationsgebiet für unsern Verband in Frage kommen, haben wir, soweit das Material vorlag, laufend berichtet. Das wird auch in Zukunft geschehen. Denn bei Einleitung und Führung von Lohnbewegungen und schließlich auch bei der Vorbereitung und Ausgestaltung der Agitation muß die jeweilige Konjunktur sorgfältig beachtet werden, und dazu ist eine laufende Berichterstattung im Verbandsorgan notwendig. Trotzdem dürfte es nicht überflüssig sein, in diesem allgemeinen Rückblick auf die spezifischen Erscheinungen und Erfahrungen in unserm Verbandsgebiet kurz einzugehen.

Einen direkten Einblick in die Produktion haben wir im Verbandsgebiet nur in der Zuckerrindustrie. Die Besteuerung des Zuckers macht eine scharfe Ueberwachung und statistische Erfassung der Produktion schon aus fiskalischen Rücksichten notwendig. Die Produktionsziffern sind jedoch gerade für diese Industrie wenig geeignet zur Beurteilung der Wirtschaftslage. Die Produktion von Zucker kann nicht willkürlich der Nachfrage angepaßt werden, denn sie ist abhängig vom Ausfall der Rübenenernte. Aus dieser mangelnden Anpassungsfähigkeit erklären sich die enormen Preisschwankungen für Zucker und zum Teil auch die erheblichen Gewinnschwankungen in der Zuckerrindustrie. Charakteristischweise sind nun die Gewinnchancen in der Zuckerrindustrie nicht dann am besten, wenn die Rübenenernte gut war, die Beschäftigung also reichlich ist, sondern umgekehrt. Das Jahr 1911/12 mit seiner außerordentlich schlecht gefallenen Rübenenernte, mit der um rund 50 Prozent verminderten Zuckerezeugung ist für die meisten Zuckerrfabriken ein Jahr mit äußerst hohen Gewinnen geworden. Und da im kapitalistischen Zeitalter die Produktion nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck der Geldgewinnung ist, ist es mehr als wahrscheinlich, daß viele Zuckerrfabrikanten im stillen Kämmerlein beten, was die Konservenfabrikanten — für die ähnliche Verhältnisse bestehen — vor einigen Jahren in treuherziger Dummheit offen in ihrem Fachblatt ausplauschten: Gott, gib Mißwachs oder Krieg! Obwohl also die Produktionsziffern für die Zuckerrindustrie nur einseitig über das Angebot, nicht aber über die Nachfrage unterrichten, sind sie doch zur Beurteilung der Konjunktur von Wert. Namentlich insofern, als sie uns sagen, ob die weiterarbeitenden Betriebe, die Raffinerien, auf ausreichende Beschäftigung und die zuckerverbrauchenden Betriebe (Marmeladenfabriken usw.) auf preiswertes Material rechnen können. Nun beträgt die Zuckerproduktion Deutschlands, nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, in der Kampagne 1912/13 2 750 000 Tonnen gegen 1 504 500 Tonnen in der Kampagne 1911/12 und 2 589 900 Tonnen in der Kampagne 1910/11. Die diesjährige Zuckerezeugung übertrifft also nicht nur die des Mißerntejahres 1911, sondern auch noch die des Rekordjahres 1910. In den 4 letzten Monaten des Jahres, die ja für die Zuckerrfabrikation hauptsächlich in Betracht kommen, stellte sich die Erzeugung so:

Monat	Zahl der Fabriken		Rübenverarbeitung (Tonnen)		Zuckerezeugung (Tonnen)	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911
September	33	5	398 537	8 605	57 698	19 114
Oktober	342	341	5 760 468	3 817 611	832 204	498 278
November	342	335	6 015 315	4 358 577	955 493	676 746
Dezember	328	112	3 894 470	866 615	630 076	188 479
			16 068 790	9 051 407	2 475 471	1 382 617

Aus den Ergebnissen des Außenhandels ist für unser Verbandsgebiet nur wenig Aufschluß zu gewinnen. Auch sind die Ein- und Ausfuhrzahlen meist in den laufenden Berichten vom Wirtschaftsmarkt bekanntgegeben worden, so daß hier eine Wiederholung unterbleiben kann. Es sei jedoch bemerkt, daß die Ausfuhr, der Menge wie den Werte nach, bei allen Industrien unseres Verbandsgebietes gestiegen ist.

Ueber den Arbeitsmarkt, das heißt über Angebot von und Nachfrage nach Arbeitskräften in unserm Verbandsgebiet unterrichten am besten die Nachweise des Verbandes über die Arbeitslosigkeit. Allerdings umfassen diese Nachweisungen das ganze Verbandsgebiet und lassen keine Schlüsse auf den Geschäftsgang in den einzelnen Industriezweigen zu. Diesem Mangel ist jedoch vorläufig nicht abzuhelfen. Eine Spezialisierung der Arbeitslosenstatistik innerhalb des Verbandes ist gegenwärtig noch nicht durchführbar. Den Umfang der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Mitgliederzahl zeigen folgende Zahlenreihen für die letzten sechs Jahre.

Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
1. Quartal	4,4	7,5	12,5	8,6	6,7	7,7
2. " "	2,5	4,7	5,0	4,7	3,2	3,2
3. " "	2,3	4,8	4,2	3,1	3,0	2,8
4. " "	4,4	9,3	6,5	4,3	4,3	4,0

Nach diesen Zahlen war die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr stärker als 1911; im zweiten sank sie auf den Stand von 1911, im dritten und vierten blieb sie hinter 1911 zurück. Noch etwas günstiger ist die Entwicklung, wenn man die Arbeitslosen ausbezahlte Unterstützung als Maßstab angenommen wird. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
1. Quartal	69 217	128 422	272 116	198 087	141 040	221 361
2. " "	25 766	64 138	68 077	99 850	64 603	58 966
3. " "	27 123	63 334	60 467	59 160	56 417	51 979
4. " "	29 198	123 366	99 966	84 202	89 482	83 930
Jahr	161 304	379 310	500 626	441 299	351 542	416 236

Nach dieser Aufstellung blieb die Arbeitslosigkeit 1912 schon im zweiten Vierteljahr hinter der des vorhergehenden Jahres zurück. Da die prozentuale Fallziffer die gleiche blieb, kann der Rückgang nur dadurch herbeigeführt sein, daß die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit kürzer wurde. Obwohl jedoch drei Quartale günstiger für die Verbandsklasse abschneiden, beträgt die Gesamtausgabe rund 65 000 Mark mehr als im Jahre 1911; das ist jedoch ausschließlich eine Folge der gegen die beiden Vorjahre erheblich gestiegenen Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr.

Weniger günstig als nach diesen allgemeinen Ergebnissen erscheint die Lage im Verbandsgebiet, gemessen an den Börsenkursen. Es wurde jedoch schon im ersten Artikel ausgeführt, daß die Kursziffern im verfloßenen Jahre unter dem Eindruck der steten Kriegesgefahr gebildet wurden und deshalb als Konjunkturmaßstab weniger brauchbar sind als in Jahren mit ruhiger politischer Lage. Bei Bemertung der nachfolgenden Tabelle muß das berücksichtigt werden. Der Kursstand ist für die letzten fünf Jahre, und zwar immer für die Jahresmitte (30. Juni) und den Jahresabschluss (31. Dezember) angegeben.

Industrie	1908		1909		1910		1911		1912	
	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.
Industrie der Steine und Erden	174,1	177,8	184,1	195,1	194,1	198,96	188,46	179,33		
Chemische Industrie	256,272	301,349	42,370	376	381,91	383,49	382,27			
Papierindustrie	131,110	118,125	127,128	135	127,31	124,53	110,86			

Die abnormen hohen Kurse der chemischen Industrie haben sich demnach auch im verfloßenen Jahre gehalten; dagegen sind die Kurse der Industrie der Steine und Erden und noch mehr die der Papierindustrie stark gesunken. Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob dieser Pessimismus berechtigt gewesen, ob tatsächlich die Rentabilität in diesen Industriezweigen zurückgegangen ist.

Nach diesem Rückblick auf die Wirtschaftslage im Verbandsgebiet kommen wir zu demselben Schluß wie nach dem allgemeinen Ueberblick im ersten Artikel: Das Jahr 1912 war mehr ein Jahr der Hochkonjunktur als des Aufschwungs, es ist nicht ausgeschlossen, daß schon das nächste Jahr unangenehme Ueberraschungen bringt.

### Die Teuerung.

Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1912 würde unvollständig sein ohne einen Hinweis auf die allgemeine Teuerung. Zwar ist die Teuerung in Deutschland nachgerade schon eine chronische Krankheit geworden, aber im letzten Jahre hat sie einen Umfang und einen Grad angenommen, daß selbst die so schwerhörige Regierung sich veranlaßt sah, dem Problem einige Aufmerksamkeit zu widmen. Allerdings ist sie noch immer weit davon entfernt, die auf den Profit der Agrarier zugeschnittene „bewährte Wirtschaftspolitik“ zugunsten einer besseren Volksernährung zu ändern. Aber sie hat doch die geradezu unerschwinglich hohen Fleischpreise zum Anlaß genommen, die Grenzen ein wenig mehr als früher für ausländisches Vieh und Fleisch zu öffnen und dieser Anflug eines guten Willens ist für die Deutsche Regierung immerhin schon ein Ereignis.

In welchem Maße die Preiserhöhung für Lebensmittel und Bedarfsartikel den Haushalt der Arbeiterfamilie belastet, läßt sich nur schwer feststellen. Die Aufzeichnung der Preisveränderungen einzelner Artikel ermöglicht ein Urteil über die Belastung deshalb nicht, weil meist jeder Nachweis darüber fehlt, in welchem Ausmaß der oder die Artikel in einem Durchschnittshaushalt verbraucht werden, daß heißt einen wie großen Teil des Einkommens oder der Ausgabe die Preiserhöhung beeinflusst. Um diesen Mangel wenigstens teilweise zu beheben, hat der bekannte Wirtschaftsstatistiker R. Calmer seit Jahren sogenannte Indexziffern für die Haushaltskosten berechnet. Die Grundlage dieser Berechnung bildet

die wöchentliche Nahrungsmittelration eines deutschen Marine-Soldaten. Diese setzt sich (für eine Woche) wie folgt zusammen:

	Gramm	Gramm	
Rindfleisch	800	Kartoffeln	3000
Schweinefleisch	750	Brot	5250
Hammelfleisch	800	Butter	455
Reis	150	Zucker	340
Bohnen	300	Salz	106
Erbsen	300	Kaffee	105
Weizenmehl	500	Tea	21
Wachstumen	200	Öl	0,11 Liter

Diese Ration wird nun auf eine Durchschnittsfamilie von 4 Personen (Mann, Frau und 2 Kindern; die 2 Kinder gleich eine erwachsene Person gerechnet) umgerechnet, d. h. verdreifacht. Für die so berechnete Menge von Nahrungsmitteln wird dann die Ausgabe nach dem jeweiligen Marktpreis ermittelt. Diese Berechnung erstreckt sich zurzeit auf fast 200 Städte. Selbstverständlich hat auch diese Art, die Haushaltskosten zu ermitteln, noch Mängel, aber sie stellt doch den umfassendsten und sichersten Versuch auf diesem Gebiete dar. Vergleichen wir nun die für 1912 ermittelten Preise mit denen des Jahres 1911, so ergeben sich für die einzelnen Monate folgende Summen als notwendige Ausgaben für Lebensmittel:

	1912	1911	1912 mehr	erforderlich
	Mark.	Mark.	Mark.	%
Januar	24,69	23,50	1,19	gleich 5,0
Februar	24,33	23,61	1,22	gleich 5,2
März	25,18	23,60	1,58	gleich 6,7
April	25,74	23,80	1,94	gleich 8,1
Mai	25,52	23,72	1,80	gleich 7,6
Juni	25,85	23,79	2,06	gleich 8,6
Juli	26,10	24,37	1,73	gleich 7,0
August	26,66	24,65	2,01	gleich 8,1
September	26,63	24,77	1,86	gleich 7,5
Oktober	26,26	24,88	1,38	gleich 5,6
November	26,08	24,64	1,44	gleich 5,8
Dezember	26,06	24,60	1,46	gleich 5,9

Die Steigerung gegen das auch schon sehr teure Jahr 1911 ist erheblich. In den letzten drei Monaten ist zwar ein geringer Rückgang zu verzeichnen, aber die Mehrausgabe beträgt noch immer fast 6 Proz. Der teuerste Landesteil ist nach dieser Statistik Elsaß-Lothringen, die teuerste Stadt Konstanz; der billigste Landesteil ist Westpreußen, der billigste Ort Insterburg. In Konstanz waren wöchentlich 28,57 Mark erforderlich, in Insterburg „nur“ 22,57 Mark. In der nun folgenden Tabelle sind die größten der von der Erhebung erfaßten Orte einzeln aufgeführt. Die beiden ersten Zahlenreihen geben die im Monat Dezember 1911 und 1912 erforderliche Summe, die dritte zeigt die Spannung, das heißt die Steigerung der Ausgabe im Jahre 1912 und die beiden letzten die Durchschnittszahlen für die beiden Jahre 1911 und 1912.

Ort	Erforderliche Summe im Dezember		1912 mehr (+) oder weniger (-)	Erforderliche Summe im Jahresdurchschnitt	
	1911	1912		1911	1912
München	23,46	26,22	+ 2,76	23,71	27,77
Königsberg	23,89	25,38	- 1,49	22,90	24,32
Stettin	23,91	26,22	+ 2,31	23,22	25,38
Mannheim	23,02	27,30	+ 4,28	24,89	26,41
Chemnitz	23,25	25,43	+ 2,18	23,79	25,83
Euttgart	23,46	25,50	+ 2,04	23,44	24,95
Kiel	23,49	25,17	+ 1,68	23,15	25,07
Homburg	24,24	25,89	+ 1,65	23,78	25,21
Strasburg	25,44	26,97	+ 1,53	24,98	26,74
Berlin und Sorote	23,91	25,41	+ 1,50	23,75	25,30
Münster	24,66	26,16	+ 1,50	24,88	26,20
Braunschweig	26,28	27,72	+ 1,44	24,86	27,47
Hannover	23,67	25,11	+ 1,44	23,44	25,04
Frankfurt	24,72	26,10	+ 1,38	24,07	26,03
Frankfurt a. M.	24,21	25,59	+ 1,38	24,69	26,37
Blauen	24,78	26,13	+ 1,35	23,27	25,12
Astona	25,41	26,76	+ 1,35	24,82	26,53
Essen	25,14	26,46	+ 1,32	25,30	26,81
Darmstadt	25,68	26,94	+ 1,26	24,84	26,59
Leipzig	23,87	25,12	+ 1,25	22,68	25,01
Ortmann	23,70	24,93	+ 1,23	23,71	24,82
Posen	25,14	26,28	+ 1,14	24,27	26,14
Dresden	24,18	25,32	+ 1,14	23,32	24,73
Düsseldorf	26,91	28,02	+ 1,11	26,22	27,65
Angsbürg	24,57	25,68	+ 1,11	24,89	25,41
Böln	27,24	28,08	+ 0,84	27,23	28,14
Görlitz	25,02	25,86	+ 0,84	24,42	26,18
Magdeburg	26,03	27,84	+ 0,81	25,58	27,15
Galle a. d. S.	27,43	27,21	- 0,22	26,02	27,42
Kassel	24,57	25,20	+ 0,63	24,18	25,44
Karlshöhe	27,00	27,06	+ 0,06	26,92	27,80
Breslau	25,71	25,32	- 0,39	25,00	25,89
Mühlhausen i. G.	28,29	26,28	- 2,01	27,29	27,94

Wie die Tabelle zeigt, ist die für den Unterhalt erforderliche Summe für den Jahresabschluss in nur 2 Orten gesunken, in allen andern gestiegen. Die Hüter für den Jahresdurchschnitt ist sogar in allen Orten gegen 1911 gestiegen. Die Steigerung ist auch keineswegs unerheblich; in zahlreichen Orten beträgt sie mehr als



# Die beste Zeit zur Agitation für den Verband ist jetzt gekommen. Wenn alle fähigen Mitglieder bei der Werbearbeit mithelfen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

10 Prozent. Da gleichzeitig auch die Wohnmieten gestiegen und zahlreiche andere Bedarfsartikel teurer geworden sind, darf ohne V-vertreibung gesagt werden, daß das Jahr der Hochkonjunktur 1912 zwar ein Jahr reicher Ernte für die meisten Unternehmer, aber gleichzeitig ein Jahr mit sinkender Lebenshaltung, ein Jahr ernster Sorge für weite Kreise der Arbeiterschaft geworden ist. Nur wo die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter stark und schlagfertig waren und die Konjunktur nützen konnten, ist es gelungen, die erhöhte Ausgabe durch Steigerung des Lohnes auszugleichen, also wenigstens die Verschlechterung der Lebenshaltung zu verhindern. Wo aber die Arbeiterschaft uneinig und schwach ist, da hat das verflozene Jahr des Aufschwungs für die Arbeiterfamilien nur mehr Sorgen und größere Not trotz schärferer Anspannung aller Kräfte gebracht. Daraus sollten aber berufsmäßige Schönredner des Kapitalismus und leichtgläubige Nachläufer dieser Schönredner endlich die Erkenntnis schöpfen, daß es nicht ein leicht zu beschaffender Schönheitsfehler, sondern die unabtrennbare Tendenz des Kapitalismus ist, die Arbeiter immer mehr in ihrer Lebenshaltung herabzudrücken. Und die Frucht dieser Erkenntnis mußte dann der feste Wille sein, dieser kapitalistischen Verelendungstendenz das proletarische Vorwärtstreben entgegenzusetzen. Allerdings nicht das Vorwärtstreben proletarischer Brockenhammer, sondern das Vorwärtstreben selbstbewußter Arbeitermassen wie es in den freien Gewerkschaften seinen organisierten Ausdruck findet.

## Aus dem Reichstage.

Die Verhandlungen über den Postetat führten Montag, den 17. Februar, noch einmal auf die Höhe. Der Abgeordnete Hubel beleuchtete in langer Rede die sozialen Zustände, unter denen die unteren und mittleren Beamten seufzen. Die Postgewaltigen und selbst der Generalsekretär des Verbandes der Postbeamten nehmen es ja arg übel, wenn von Postflaven geredet wird, aber beim besten Willen läßt sich die Stellung der Postbeamten doch nicht als die von freien Männern bezeichnen. Nicht einmal eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen und Beamtenverhältnisse ist ihnen gestattet. Für die Betätigung politischer Gesinnung ziehen die Verwaltungen die Grenzlinien. Ueber die Bezahlung teilten wir in voriger Nummer Ziffern mit, die darun, daß die Postverwaltung bezüglich der Bezahlung mit jedem privaten Lohnbrüder in ausfichtsvollem Wettbewerb steht. Deshalb regnet es auch geradezu Anträge und Resolutionen, die sich auf die Erhöhung des Einkommens und der Dienstverhältnisse der Postämter beziehen. Alle gelangen sie zur Annahme. Der Herr Staatssekretär Kräfte läßt aber kaum Zweifel darüber, daß der Resolutionen wegen außer den belannten „wohlwollenden Erwägungen“ den Beamten materiellen Segen nicht eintragen wird.

Die Postbetrieben wurden unterbrochen durch einen Schwerkriegs- abhändnis eingebracht, der in Form eines Gesetzentwurfs die restlose Aufhebung des Jesuitengesetzes anstrebt. Dieser Antrag wurde vom Herrmannsmanu Espaha begründet. Auch drängen im deutschen Vaterlande, in keinen jesuitischen und antijesuitischen Zweigen, tobte der Sturm. Die einen behaupteten, der Kampf gegen die menschliche Verderbtheit im allgemeinen und gegen die Sozialdemokratie im besonderen sei nur zu führen mit den Jesuiten! Die andern versuchten die Jesuiten zu zeichnen als das Gegenteil von Gütern der Moral und Sittlichkeit des Rechts. Man sagt ihnen nach, sie scheuten die Ammendung bedenklicher Mittel durchaus nicht, wenn es sich um die Erreichung ihrer Zwecke handelte. Eine im Verlag von Breitkopf u. Härtel in Leipzig erschienene Broschüre verbreitet sich auf 102 Seiten über die Jesuitenmoral. Es ist harte Lektüre, was da von den jüngeren Bonales behauptet wird. So wird von einem der Jüngeren, dem Rud. Cornely, behauptet, daß er sich in „Stimmen aus Maria Laach“ (Freiburg i. Br. 1873, S. 18) über den modernen, der kirchlichen Gewalt entleideten Staat in der folgenden Weise äußerte:

„In der Tat, wir gestehen es offen und frei, die Jesuiten sind heute als geistlich dem modernen atheistischen Staat, der die einzige und letzte Quelle aller Rechte, aller Gesetze sein will, gefährlich dem modernen antikirchlichen Staat, der das Christentum in der Familie und im Volksleben erlösen will, gefährlich dem modernen unchristlichen Staat, der keine Tugend kennt als äußere Legalität und alle Lafter protegiert, solange sie nur nicht ein Staatsgesetz berühren. Wie und nimmer, und wenn man sie in allen Reichen der Welt herumhagen würde, wie man sie jetzt in Deutschland herumhagt, werden die Jesuiten aufhören, diesen atheistischen, antikirchlichen, unchristlichen Staat zu bekämpfen in Wort und Schrift, durch Lehre und Gebet.“

Aus Lehmann, Thel. mar., 6. Auflage 1890, wird zitiert: „Wer würde es für eine schwere Verleumdung halten, zu sagen, man hätte einen Atheisten säßig, jedes Verbrechen heimlich zu begehen?“

Das sind zwei der gefundesten Vorwürfe, die den Jesuiten wegen ihrer angeblich doppelbödigen Moral gemacht werden. Es werden Kapitel angeführt und Behauptungen angeführt, die einfach nicht widergegeben sind. Die Berichtiger der Jesuiten behaupten, die Broschüre sei eine Lendenschrift und als solche anzusehen. Das wird im großen und ganzen zurecht. Aber die Angriffe aus München-Bladbach gegen die Gewerkschaftsbewegung sind nicht minder Lendensarbeit. Sie werden trotzdem wie alten Christen als entwürdigende lauterliche Form der Wahrheit behandelt. Die Sozialdemokratie hat selbst unter einem Ausnahmestillschreiben; dessen Bedingungs ist vergebene Wale durch das aktive oder passive Verhalten des Herrmanns ermöglicht worden. Die Sozialdemokratie hat aber das Jesuitengesetz immer bekämpft. Der Jesuitengesetzliche Rechner, Herrmann (Kaiser-Kammerer) hat in weisester Rede den Standpunkt der Partei klargestellt. Er hat aber dem Zentrum auch vorzuerrechnen, wie es da, wo es im Besitz der politischen und finanziellen Macht ist, zum Beispiel in Bayern, ohne geringste Grundlage Staatsadmiral und -beamte unter eine ausnahmestillschreibliche Behandlung bringt. Der Herrmanns Antrag wurde in allen Teilen und nach dem vollen Erfolg des Herrmanns angenommen. Die Regierung wird, wie sie das bereits niemals getan hat, die Ausführung des Antrags unterlassen. Ein neuer Konfliktstoff ist damit in verächtlicher Weise angebracht.

Die Entscheidung der Ländersache wurde in sammtlicher Abstimmung einstimmig gefasst. Auch alle Anträge, welche sie auf dem Umwege über das Gesetz und andere gesetzlich Gebiete anzurecht erhalten wollen, fanden keine Gnade bei der Mehrheit. Beschlossen wurde, daß ein Teil der im Gesundheits- oder Arbeiterdienstverhältnis zurückgelegten Dienstjahre auf das Verdienstverhältnis angerechnet werden kann. Die Löhne für ärztliche Untersuchung sollen auf die Dienstjahre genommen werden.

Dann begann die Beratung des Etats der Verwaltung der Reichs-Postbetrieben. Angefordert wurden 153 779 000 Mk., das sind 11 999 000 Mark mehr als im Vorjahre. Ein außerordentlicher Etat wurden 12 284 500 Mk. gefordert, 8 155 700 Mk. mehr als im Vorjahre. An Uebertragungen sollen 31 531 888 Mk. herangezogen werden, 4 956 740 Mk. mehr als im Vorjahre. Unter der Verwaltung des Reichs-Postbetriebs stehen zur die Postämter in 11 513-Ortschaften. Schon wirtschaftlich jeder größere Bundesstaat selbst im Vergleich mit Preußen erzielt dabei enorme Uebererträge. Die Verpflegung im Eisenbahnbetriebe macht sich bemerkbar im Verkehr und in der Behandlung und Beförderung der Arbeiter und Beamten. Reformen, besonders für den Transport von Gütern und die Beförderung der Passagiere der unteren Klassen, werden Jahr um Jahr verlangt, um ebenfalls pünktlich nicht angeführt zu werden. Diesmal waren es die sozialdemokratischen Abgeordneten Hagerstall, Stolle, Fischer (Hannover), die Kritik stellten und

Änderungsvorschläge machten. Auch die bürgerlichen Parteien können an den Umständen des Verkehrs nicht stillschweigend vorbeigehen. Aber auf wirksame Abhilfe wird noch so lange zu warten sein, wie Preußen vom verkehrseindlichen Zentrum beherrscht wird.

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911.

Der Jahresbericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen präsentiert sich diesmal in einem stattlichen Bande von 320 Seiten. Im vorigen Jahre umfaßte er einschließlich des Berichts der internationalen Konferenz 188 Seiten. Damals fehlten die Einzelberichte von drei angeschlossenen Landeszentralen, diesmal nur von England, dessen Zentrale, wie der Genosse Regien in seinem Vorberichte sagt, zu sehr mit Arbeiten überhäuft war, die sich aus der Durchführung der Versicherungs-gesetze ergeben.

Auch sonst ist der Bericht immer noch lückenhaft, gestattet aber von Jahr zu Jahr immer lehrreichere Vergleiche über die Arbeiterbewegung jener Länder, die dem Sekretariat angeschlossen sind. Es sind deren jetzt 19, nachdem die bulgarische Zentrale hinsichtlich ihrer Differenzen mit einer zweiten Zentrale desselben Landes suspendiert werden mußte. Leider fehlen im Sekretariat immer noch die Gewerkschaften, welche in Australien, Neu-Seeland, Südafrika und Südamerika bestehen, wie auch der größte Teil der englischen Gewerkschaften, soweit diese nämlich der dortigen Landeszentrale, die eigentlich nur eine Streikrätterversicherungs-Organisation darstellt, nicht angehört. Deren Anschluß würde die Mitgliederzahl des Sekretariats um mehr als 2 1/2 Millionen vermehren.

Eine wertvolle Bereicherung des Internationalen Berichts bieten die Sonderberichte der internationalen Berufssekretariate, die zum ersten Male angenommen wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß fast alle in Deutschland domizillierenden Sekretariate Berichte einlieferen, von den vier Sekretariaten jedoch, die in andern Ländern ihren Sitz haben, gingen besondere Berichte nicht ein. Auf diesen Teil des Berichts kommen wir später zurück.

Eine gute Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem Sekretariat angeschlossenen Länder bietet die folgende Tabelle: Zahl der Gewerkschaftsmitglieder

	insgesamt		der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
1. England	2 440 723	3 010 346	710 994	861 482
2. Frankreich	977 350	1 029 238	340 000	450 000
3. Belgien	138 928	92 736	68 984	77 224
4. Niederlande	143 850	153 689	44 120	52 235
5. Dänemark	123 864	128 224	101 563	105 269
6. Schweden	121 180	116 500	85 176	80 129
7. Norwegen	47 453	53 830	46 397	53 475
8. Finnland	24 928	19 640	15 346	19 640
9. Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 298	2 339 785
10. Österreich	451 232	496 263	400 563	421 905
11. Bosnien-Herzegowina	6 269	5 587	6 086	5 587
12. Kroatien-Slawonien	6 806	8 504	5 108	7 182
13. Ungarn	86 778	85 180	86 478	95 180
14. Serbien	7 418	8 357	7 418	8 357
15. Rumänien	8 515	6 000	8 515	6 000
16. Schwiz	93 797	78 119	63 863	78 119
17. Italien	783 538	709 943	359 383	384 446
18. Spanien	40 984	80 000	40 984	80 000
19. Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 351	1 710 433	1 775 000
Zusammen	9 905 189	11 435 498	6 121 711	6 900 995

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist danach in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9 905 189 auf 11 435 498, die Zahl der Mitglieder der betr. Landeszentralen von 6 121 711 auf 6 900 995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Es waren von der industriellen Arbeiterschaft organisiert in Dänemark 51,75 Prozent, Deutschland 32,91 Prozent, Norwegen 27,64 Prozent, Schweden 21,88 Prozent, Vereinigte Staaten 19,26 Prozent, Bosnien 11,64 Prozent, Italien 9,49 Prozent.

Ueber die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften sind Angaben erst für etwa 50 Prozent der Gesamtmitgliederzahl gemacht. Die Jahresumsätze betr., also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften, betrug 160 Millionen Mark, die Ausgabe 142 Millionen Mark. Darunter befinden sich 75 Millionen Mark, die für Unterstützungszwecke aufgewendet wurden. Ueber die Hälfte aller Ausgaben sind also den Gewerkschaftsmitgliedern in Form von direkten Unterstützungen wieder zugeflossen. Ferner wurden 50 Millionen Mark für Streiks aufgegeben. Hiervon entfallen auf die Vereinigten Staaten und Deutschland je 19,8 Millionen, auf England 7,2 Millionen Mark usw. Leider läßt sich noch nicht feststellen, welches die Ergebnisse der Lohnbewegungen in allen Ländern sind, denn dann würde sich zweifellos ergeben, daß die Gewerkschaften schon heute in allen Ländern die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung ganz gewaltig verbessern und beeinflussen. Aus den Berichten der einzelnen Länder geben wir nachstehend nur die allgemeinen Angaben wieder. Die Zahlen und Daten über unsere Bruderverbände sind in dem Bericht enthalten, den Kollege Brey als Internationaler Sekretär (siehe Nr. 46 und 47, 1912, des „Proletariats“) erstattet hat.

Bei dem Bericht aus Frankreich interessiert besonders die große Zahl der Gewerkschaftsblätter, die in den letzten Jahren geschaffen wurden und die alle namentlich aufgeführt sind. Meist erscheinen sie monatlich. Interessant sind auch die im Text wiedergegebenen Aufrufe des Gewerkschaftsbundes, die anlässlich der Lebensmittellieferung, gegen den Krieg, gegen die Anwendung von Ausnahmengesetzen und für den freien Sonnabendnachmittag erlassen wurden. — Der Bericht aus Belgien betont, daß die Landesverbänden zusammenschließen, immer deutlicher wird und auch schon eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen kann. — Holland hat jetzt glänzend vier verschiedene Gewerkschaftsrichtungen: neben der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentrale besteht eine solche der anarchistischen Gewerkschaften, eine solche der christlichen und eine weitere der katholischen Arbeiterorganisationen, doch hat die letztere fast doppelt so viele Mitglieder wie die andern drei Gruppen zusammen, trotzdem Mitglieder und Geselligkeit flieber-

haft für die christlichen und die katholischen Gewerkschaften tätig sind. — In Dänemark, das den größten Prozentsatz der organisierten Arbeiter überhaupt aufweist, brachte das Berichtsjahr eine Reihe von Angriffen auf die Organisationsform der Landeszentrale. Zum Teil waren sie der Agitation der „Syndikalisten“ zu verdanken. Es wurde deshalb von einer Gewerkschaftskonferenz ein besonderer Ausschuss eingesetzt, der untersuchen soll, ob an der gegenwärtigen Organisationsform Änderungen vorzunehmen sind oder nicht. — Schweden berichtet über eine Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, die nach dem großen Kampfe des Jahres 1909 etwas zurückgegangen war. Leider wird der Aufstieg sehr durch die zerstörende syndikalistische Agitation gehindert, sehr zur Genugtuung des Unternehmertums. Dabei haben die syndikalistischen Gruppen irgendwelche numerische Bedeutung nicht. Ihre Agitation dient vielmehr vielen Arbeitern nur als Grund, überhaupt keiner Gewerkschaft beizutreten. — Norwegen zeigt eine rasche industrielle Entwicklung. Während seit 1865 die Bevölkerung sich um 40 Prozent vermehrte, stieg die Zahl der Industriearbeiter im Lande um 505 Prozent. Das erklärt zum Teil das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, das auch im letzten Jahre anhält, trotzdem der größte Teil der Mitglieder in schwere Arbeitskämpfe, meist sogar in Aussperrungen, verwickelt war. — In Finnland, wo die Bewegung unter der russischen Ära zu leiden beginnt, mußten besonders die Buchbinder einen harten Kampf bestehen, der aber dank der Hilfe der ausländischen Gewerkschaften mit einem Siege der Arbeiter endete. — Aus Deutschland kommt wie gewöhnlich der umfassendste Bericht, der auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres eingeht und dann besonders die gegnerischen Gewerkschaften, die Unternehmerverbände usw. behandelt. Die deutschen Gewerkschaften berichten über ein Jahr harter Arbeit und reicher Erfolge auf allen Gebieten. — Auch die Gewerkschaften in Oesterreich machen bedeutende Fortschritte, womit die separatistische Krise, wenigstens außerhalb der separatistischen Kreise selbst, überwunden zu sein scheint. — Sogar Bosnien-Herzegowina haben eine aufsteigende Arbeiterbewegung, der allerdings von der rückständigen Regierung und vom Unternehmertum ungeheure Schwierigkeiten bereitet werden. Ein wirkliches Koalitionsrecht gibt es in diesen Ländern nicht. — In Ungarn, dem klassischen Lande der Knechtschaft, gelang es den Gewerkschaften, ihren Bestand stark zu erhöhen, doch ist der Prozentsatz der Organisierten in der Provinz immer noch sehr gering. Das liegt zumeist an der wirtschaftlichen Rückständigkeit des ganzen Landes, das nur der Fabrik und dem Ehrgeiz einzelner Leute als Spielball dient. — Kroatien zeigt aufsteigende Gewerkschaftsbewegung und niedergehende Auswanderungsziffern, wie man das übrigens auch in andern Ländern beobachten kann. Man darf aus diesem Umstande wohl folgern, daß die Gewerkschaften wenigstens einigermaßen die Lage der Arbeiter erträglich machen und ihnen mehr Selbstvertrauen beibringen konnten. Alle guten Worte und alle Wohlthätigkeit von oben haben bisher noch nie ein gleiches Resultat zugebracht. — In Rumänien a leben die Gewerkschaften infolge des Krieges im Nachbarlande in einem Ausnahmezustande, der ihre Tätigkeit sehr behindert. Deshalb ist der Bericht dieses Landes nur sehr kurz. Immerhin wird darin festgestellt, daß die Regierung allen Arbeitern staatlicher Betriebe das Koalitionsrecht nahm und ferner die Verhinderung der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, eifrig unterstützte. Ganz wie anderswo auch. — Auch in Serbien leidet die Arbeiterschaft unter fast asiatischer Rückständigkeit der regierenden Klassen und des Unternehmertums. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren gut entwickelt und auch eine Anzahl eigene Blätter gegründet. Durch den Krieg ist ihre Tätigkeit allerdings ziemlich unterbrochen, so daß erst das Ende des Krieges abgewartet werden muß, um zu sehen, ob und wie die Arbeiterbewegung diese Katastrophe überstanden hat. — Aus der Schweiz liegt ein umfangreicher, reich mit Statistiken versehener Bericht vor, aus dem besonders das Kapitel über die Sozialgesetzgebung interessieren dürfte. — Auch Italien hat mehrere Landeszentralen, und zwar neben der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen eine solche der Syndikalisten und eine andre der katholischen Arbeiter, wodurch natürlich jede einheitliche Aktion der Arbeiterklasse fast unmöglich wird. Trotzdem gelang es, durch einen eindrucksvollen eintägigen Generalstreik gegen das tripolitische Kriegsabenteuer zu protestieren. Den größten Teil der organisierten Arbeiter stellen in Italien bekanntlich die Landarbeiter. — Von den Gewerkschaften in Spanien ist nur ein kurzer Bericht eingegangen. Danach ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf rund 100 000 gewachsen: ein Erfolg, besonders des brutalen Vorgehens der Regierung und der Fabrik einheimischer und ausländischer Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse Spaniens schweren Tribut zahlen muß. — Die Vereinigten Staaten sind durch einen besonders ausgedehnten Bericht vertreten, in dem ausführlich der kulturelle Wert und Einfluß der Gewerkschaften nachgewiesen wird. Die im Bericht aufgezählten zahlreichen Errungenschaften auf sozialpolitischem und auf wirtschaftlichem Gebiet lassen erkennen, daß auch in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer ernster wird und daß die Arbeiter es wohl verstehen, sich mittels ihrer Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Der zweite Teil des Internationalen Berichts, der die internationalen Berufssekretariate behandelt, ist völlig neu. Ingesamt gibt es zurzeit in der modernen Arbeiterbewegung 28 solcher internationaler Berufssekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, 2 in England, und je eins in Holland und der Schweiz.

Fast alle Sonderberichte der Internationalen Berufssekretariate geben eine knappe Darstellung über die Entstehung und Geschichte des betr. Sekretariats. Diese Schilderungen über die Anfänge der gewerkschaftlichen Internationalen sind besonders interessant; sie zeigen, wie früh schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihren Arbeitsbrüdern jenseits der Landesgrenze nähere Fühlung zu suchen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Auch die internationalen Berufssekretariate haben sehr wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die alljährliche Veröffentlichung ihrer Berichte im Internationalen Bericht des Internationalen Sekretariats der Landeszentralen nicht nur inter-



# Die beste Art der Werbearbeit für den Verband ist die, welche die meisten Erfolge bringt. Voraussetzung jeder erfolgreichen Arbeit für den Verband aber ist die gemeinsame Arbeit aller Fähigen und Berufenen.

effant, sondern auch lehrreich und nützlich sein. Zu wünschen wäre nur, daß diese Berichte wie auch die Berichte der Landeszentralen einheitlicher und vor allen Dingen mehr mit zahlreichem Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Ueber-sichten sind Zahlen sehr nützlich: es ermutigt und löst dem Ar-beiter Selbstvertrauen ein, wenn er beobachten kann, wie die Klassen-genossen anderer Verufe und Länder Fortschritte machen; sie regen auch zu Vergleichen an und wirken dadurch reformatorisch überall dort, wo es etwas zu verbessern gibt. Deshalb auch ist dem Internationalen Bericht, der in deutsch, englisch, französisch und schwedisch erscheint, eine recht große Verbreitung unter allen in der Arbeiterbewegung Tätigen zu wünschen.

## Zur Organisationsfrage in der keramischen Industrie.

Den Artikel in Nr. 6 des „Proletariers“ muß jeder unterstreichen, der längere Zeit in der keramischen Industrie gearbeitet hat. Da ich nun mehrere Jahre in der Steingutbranche, in der Dreherei sowohl wie auch im Brennhause tätig bin, so will ich, da der Artikelshreiber es unermessen hat, näher auf den Produktionsprozeß in dieser Branche einzugehen, dieses tun. Die in der Dreherei und Glaserlei beschäftigten Personen befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Schlämmerarbeitern, und zwar kann die Masse, welche in der Schlämmerlei hergestellt wird, zu hart, zu weich oder gar munderwertig sein. Dieser Uebelstand, welcher sehr oft eintritt, kann auch noch trasser in die Erscheinung treten, wenn den Schlämmerarbeitern Abzüge gemacht werden und diese dann gezwungen sind, darauflos zu schauen, um zu ihrem Lohn zu kommen. Auch ist es des hierin zu vergehen, daß ein Wassermangel eintritt, und auch hierbei sind Dreher und Glaser diejenigen, welche den Schaden tragen, indem sie zuanuland ausweichen müssen. Hand in Hand arbeiten müssen ferner die Dreher, Formträger, Ableser und Brennhäuserarbeiter. Diese Abhängigkeit voneinander im Betriebe macht die Einheitsorganisation notwendig. Aber nicht eine Einheitsorganisation, wie sie der Porzellanarbeiter-Verband darstellt, sondern eine starke, leistungsfähige Organisation, die den Kampf mit dem Großkapital in der keramischen Industrie aufnehmen kann.

Unsere Statistik unter den Brennhäuserarbeitern in den Steingutfabriken hat nun ergeben, daß 746 organisiert sind; hiervon gehören dem Fabrikarbeiter-Verband 655, andern freien Gewerkschaften 73 und dem Porzellanarbeiter-Verband nur 18 an. So wie das Organisationsverhältnis unter dieser Gruppe aussieht, so sieht es auch unter den übrigen ungelerten Gruppen aus. Angesichts dieser Verhältnisse würde es im Interesse der gesamten, in den Steingut- und Porzellanfabriken beschäftigten Personen liegen, wenn eine große, wirklich leistungsfähige Organisation geschaffen würde. Und die kann nur geschaffen werden durch Verschmelzung des Porzellanarbeiter-Verbandes mit dem Fabrikarbeiter-Verbande. Ein Zusammenschluß der Topfer, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter ist in Aussicht gestellt, und es haben auch zu diesem Zwecke Sitzungen stattgefunden, um Einigungsbeschlässe herbeizuführen. Nach meinem Dafürhalten würde ein Zusammenschluß der Porzellanarbeiter und Fabrikarbeiter dringender sein und diese Ansicht hat die Mehrheit der in dieser Industrie beschäftigten Personen.

sondern diesen direkt den Warenbezug abschneidet. In neuerer Zeit stellen die Linoleumhändler aber noch weitergehende Forderungen. So soll die Konvention nicht mehr an Warenhändler, Bauunternehmer, Tapezierer usw., sondern nur noch an Händler liefern. Eine Einigung über diese und andre Forderungen ist noch nicht erfolgt, dürfte aber nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Händler müssen sich natürlich verpflichten, nur von den Verbandsfabriken zu beziehen. Diese Verpflichtung wird ihnen so lange nicht schwer fallen, als Außenleiter mit billigerem Angebot nicht vorhanden sind. Nur wird aber in Selbstinteresse bei Berlin eine große Linoleumfabrik erbaut, die der Konvention noch nicht beigetreten ist. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß schon hier der Konvention ein Gegner entsteht, der ihre Preispolitik in Gefahr bringt.

Für die Arbeiterschaft der Linoleumfabriken ist die eifrige Organisationsfähigkeit der Unternehmer ein mehr als deutlicher Beweis für die hohe Wertschätzung des Zusammenschlusses bei denselben Leuten, die für den Zusammenschluß der Arbeiter oft nichts weniger als Anerkennung haben.

### Erhöhung der Liniendrucke um 50 Prozent.

Die Vereinigung deutscher Liniendruckfabrikanten besendet ein Zirkular an ihre Händler des Inlands, daß vom 1. Januar 1913 an der Verkaufspreis der 10-Pfennig-Blätter auf 15 Pfennig zu erhöhen ist. Sie bemerkt, daß diese Erhöhung den Händlern keinen Verlust, sondern einen gebührend höheren Nutzen bringen wird. Der Konsument würde ohne weitere Umstände diesen 50prozentigen Preisaufschlag zahlen. Diese neue Schröpfung wird begründet mit den höheren Preisen für Glas, Rohmaterialien und erhöhten Arbeitslöhnen. Eine der größten Liniendruckfabriken, C. D. u. G. v. Beyer in Chemnitz, gehört ebenfalls der Vereinigung an. In dem Betriebe dieser Firma sind jedoch die Aufwendungen für Löhne nicht gesunken, sondern gefallen. Durch technische Verbesserungen sind männliche Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt worden. Ein ausgeglichenes Alford-system spart die Arbeiterinnen zur höchsten Leistungsfähigkeit an. Bei angestrengter Arbeit verdienen sie ganze 1.40 Mark bis 1.60 Mark täglich, wöchentlich 8 bis 9 Mark; bei schleppendem Geschäftsgang wurden sie schon mit 25 o. h. Löhnen von 3 Mark nach Hause geschickt. Wenn die Fabrikanten auf dem Standpunkt stehen, daß den Händlern ein gebührend höherer Nutzen für ihre Arbeitsleistungen, die in keinem Vergleich mit den Leistungen der Arbeiterinnen stehen, verbleiben soll, dann können sie eine solche Bezahlung der Arbeiterinnen am allerwenigsten als ausreichend erachten. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Fabrikanten auch dieser Meinung sind, sich aber sagen, daß es ihnen gar nicht im Traum einfallen wird, freiwillige Lohnerhöhungen vorzunehmen. Erst wenn die Arbeiterinnen sich organisieren und als geschlossene Macht den Unternehmern Vohnforderungen unterbreiten, werden sie sich bequemen, die jämmerlichen Löhne aufzubessern.

### Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

**Aachen.** Die Rheinische Kunstschießfabrik, A.-G., die 1910/11 die Unterbilanz von 953 214 Mark durch 1 Million Mark zur Verfügung gestellte Aktien bedeckte, weist für 1911/12 einen durch Unkosten entstandenen Verlust von 28 205 Mark aus, der aus der Rücklage gedeckt wird. — **Berlin-Hannover.** Die Deutsche Grammophon-Aktien-Gesellschaft schließt das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr nach 57 321 Mark (l. B. 64 031) Abschreibungen mit einem Ueberschuß in Höhe von 279 392 Mark (l. B. 248 840) ab, aus dem wieder 10 Prozent Dividende auf 1 Million Mark Aktienkapital ausgeschüttet werden sollen. 179 392 Mark (144 840) werden auf neue Rechnung vorgetragen. — **Sontha.** Vereinigte Hanf- und Baumwollwarenfabriken. Der Aufsichtsrat beschloß, die Dividendenzahlung in diesem Jahre ausfallen zu lassen und begründete diese Maßnahme mit den in Frankfurt a. M. Niederrad vorgekommenen Verunreinigungen und der insoweit derselben verursachten Vernachlässigung der Fabrikation. Außerdem veranlassen die Einrichtungskosten für die zur Erweiterung des Anlagens nötig gewordenen Niederlagen erhebliche Aufwendungen. Verwaltungsfähig wird mitgeteilt, das Unternehmen sei in allen Zweigen gut beschäftigt. Auch die Frankfurter Abteilung zeige eine günstige Entwicklung. — **Hannover.** Continental-Gummi- und Guttaperchacompagnie. Der Aufsichtsrat hat beschloffen, der Hauptversammlung bei reichlichen Mittelstellungen und Abschreibungen eine Dividende von 45 Prozent auf die alten Aktien, wie im Vorjahre, und 22½ Prozent auf die neuen Aktien zur Verteilung vorzuschlagen. — Die Gummiwerke „Eggenhorst“ verteilen 25 Prozent Dividende auf die alten und 12 Prozent auf die neu ausgegebenen Aktien. — **Salzungen.** Hoffmanns Schmelzfabriken. Der Aufsichtsrat schlägt 10 Prozent (l. B. 12 Prozent) Dividende vor.

### Tödlicher Unfall in einer Leipziger Seifenfabrik.

Das „Leipziger Tageblatt“ (vom 4. Februar) berichtet: In einer hiesigen Seifenfabrik fiel bei seiner Arbeit am Dienstag ein 18 Jahre alter Seifenlebergehilfe infolge eines Fehltritts in den Vorrich mit siedender Seife und erlitt dadurch so schwere Verbrennungen, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Dort ist er seinen schweren Wunden erlegen.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

### Eine neue internationale Arbeiterschulungsfrage.

Der schweizerische Bundesrat beruft neuerdings eine internationale Arbeiterschulungskonferenz ein zur Behandlung des Verbots der industriellen Nacharbeit der jugendlichen Arbeiter und der Einführung des geschützten Beschäftigungsalters für Arbeiterinnen und Jugendliche, und er hat zu diesem Zwecke ein Rundschreiben an die Regierungen der europäischen Staaten versandt. Danach haben die Bestrebungen, Jungen des Arbeiterschulungs auf dem Wege internationaler Vereinbarungen zu regeln, durch den Abschluß der zwei Staatsverträge vom 26. September 1906 über das Verbot der industriellen Nacharbeit der Frauen und über das Verbot der Verwendung von weissem Phosphor in der Zündhölzchenindustrie einen ersten und daher um so höher anzuschlagenden Erfolg erzielt. Im Laufe des verfloffenen Jahres hat die internationale Vereinigung für Arbeiterschulung die Annahme internationaler Verhandlungen angeregt, die zur Aufstellung von Vorschriften über das Verbot der industriellen Nacharbeit jugendlicher Arbeiter und über die Festsetzung einer Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter führen sollen. Das Bureau der genannten Vereinigung hat über beide Fragen Denkschriften ausgearbeitet und darin bestimmte Vorschläge formuliert. Die Konferenz soll im September 1913 in Bern stattfinden.

### Die Situation in der Holzindustrie.

In der Holzindustrie haben unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Schiedsspruch führten, der zunächst auf Beilegung der Differenzen blickt. Der Schiedsspruch richtet den Holzarbeitern nicht nur eine allgemeine Lohnerhöhung zu, sondern auch fast allgemein eine Verkürzung der Arbeitszeit. Insgesamt wurde die Arbeitszeit verkürzt in 5 Fällen um 3 Stunden, in 14 Fällen um 2 Stunden und in 23 Fällen um eine Stunde. Im Anschluß hieran besagt der Schiedsspruch: „Für jede Stunde Arbeitszeitverlängerung erhalten Lohn wie Alfordarbeiter je 1 Pf. Lohnerhöhung als Ausgleich.“ Einschließlich dieses als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung zu rechnenden Pfennigs beträgt die Lohnerhöhung für vier Orte 7 Pf., für 6 Orte 6 Pf. und für 6 Orte 5 Pf. pro Stunde. Auf die bestehenden Alfordtarife und Alfordpreise finden die Lohnerhöhungen, einschließlich des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung, entsprechende Anwendung. Desgleichen werden die Vorratslöhne an dem gleichen Termin um die gleiche Anzahl der Pfennige erhöht.

Die letzte Entscheidung des Schiedspruchs betrifft die Arbeitsnachweissfrage und lautet: „Beide Parteien sollen gehalten sein, in den Städten, wo die Arbeitsvermittlung einer den beiderseitigen Interessen dienenden Regelung bedarf, diese Regelung durch Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise vorzunehmen. Zu diesem Zweck soll das im Jahre 1907 vereinbarte Nummerregulativ für paritätische Arbeitsnachweise bis zur nächsten Sitzung der Zentralvorstände einer Revision unterzogen und alsdann für die neu zu errichtenden Arbeitsnachweise in Anwendung gebracht werden.“ Zum Schluß spricht der Schiedspruch aus, daß sämtliche noch strittigen Punkte zu erneuten Verhandlungen an die örtlichen Parteien verwiesen werden. Wenn bei diesen Verhandlungen auch durch die Vermittlung der Zentralinstanzen bis zum 1. März eine Einigung nicht erzielt wird, soll abermals eine Sitzung der Zentralvorstände unter dem Vorsitz des Unparteiischen stattfinden, um auch diese Differenzen zu erledigen.

### Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Vom 10. bis 15. Februar fanden in Dresden unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-München und Ratssyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. die Verhandlungen für das Schneidergewerbe statt. Betündigt waren von den Gewerkschaften die Tarife für 51 Orte; davon hatten sich acht Orte geeinigt, so daß die Unparteiischen über 43 Ortstarife zu entscheiden hatten. Die Vorschläge der Unparteiischen bringen den Arbeitern eine Vohnherabsetzung von 5 bis 10 Prozent, Arbeitszeitverlängerung jedoch nur da, wo die Arbeitszeit noch über 9½ Stunden täglich hinausgeht. Ueber die Aufnahme des Schiedspruchs bei den Arbeitern liegen bei Abschluß dieser Nummer Nachrichten noch nicht vor. Die Unternehmer haben ihn angenommen.

## Streiks und Lohnbewegungen.

— **Fürth i. B.** Bei der Firma Schreier, Bichorienfabrik in Fürth, stehen sämtliche organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen seit dem 11. Februar im Streik. Von der Organisation wurde der bis jetzt bestehende Tarifvertrag gekündigt und neue Forderungen eingereicht. Das war für Herrn Schreier Grund genug, sämtliche organisierten Arbeiter zu entlassen. Auf Unterhandlungen läßt er sich nicht ein, er will sein eigenes „Derr im Hause“ sein. Die Arbeiter aber wollen Herr über ihre eigene Arbeitskraft sein und lehnen es ab, sich willenlos unter den Machtpruch eines Unternehmers zu beugen.

## Korrespondenzen.

**Harburg.** Der Mitgliederstand der Zahlstelle Harburg war am Schluß des Vorjahres 4349, gegenüber 1911 ein Gewinn von 223 Mitgliedern. Das keine größere Zunahme erzielt wurde, liegt an der hier herrschenden großen Fluktuation, die trotz Mahnbriefen, verbunden mit Mahntommisionen, sowie unterstützt durch energische Hausagitation, Ausbau des Vertrauenspersonennetzes und Betriebsversammlungen, nicht genügend einzugehen war. Das liegt neben natürlicher Klage an der in der hiesigen Gummi- und Celluloseindustrie im letzten Jahre herrschenden matten Konjunktur und besonders aber auch an der Tätigkeit des hiesigen Arbeitgeberverbandes.

Ein uns auf den Tisch gelegener Bericht über die Tätigkeit dieses Maßregelungsbureaus im Monat November ergab folgende Zahlen:

Gemeldete Fälle von Arbeitslosigkeit	Eingestellt
Mitglieder der Verbrüderung	38
Zugewandte und Auswärtige	577
Krisenanfällige	705

Diese Uebersicht gibt ein lares Bild, wie schwer die ortsanfälligen Arbeiter benachteiligt werden. Es kann deswegen auch nicht verwundern, daß am fortwährend eine Menge von Klagen über die Tätigkeit dieses Maßregelungsbureaus zugehen. Im Vorjahr war die Stellung des Maßregelungsbureaus eine Teilung von dem Streik der hiesigen Gelben, Herrn Klose, bezeugt, jetzt wird die Tätigkeit von dem Schriftführer der gelben Arbeiterverbrüderung ausgeübt. Wie erfolgreich dieser Herr tätig ist, sieht man an obigen Zahlen. Während den Mitgliedern der gelben U-nehmer-schulungsgruppe zu 66 Prozent Arbeit nachgewiesen wurde, erhielten von den übrigen Krisenanfälligen nur 25 Prozent Beschäftigung. Daneben werden in einigen Betrieben, die sonst nur durch den Unternehmensnachweis einstellten, in neuerer Zeit alle offenen Stellen durch das Bureau der Gelben besetzt.

Durch die in den letzten Jahren von der organisierten Arbeiterschaft errungenen Erfolge benachteiligt, versucht das hiesige Unternehmertum, mit allen Mitteln eine gelbe Bewegung anzupapeln. Das diese Herrschenden aber andererseits auch verstehen, ihre Unkosten wieder einzubehalten, zeigen die Verhältnisse in der hiesigen Salalithfabrik. Obwohl in 1911 nach Beendigung des Streiks von der Firma erklärt wurde, in Zukunft keinerlei Agitation, auch nicht für die Gelben, zu dulden, arbeitet der im Betriebe dominierende gelbe Verband mit allem Hochmut; seine Belannmachungen werden im Portierhaus angeschlagen, die Beiträge um Betriebe listiert usw., unfre Mitglieder hingegen fortwährend gemahngelt. Die Folge dieses Sieges der „wirtschaftsfriedlichen“ Vereinigung ist eine ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Arbeiter im Alter von 20 bis 23 Jahren erhalten zurzeit 37 Pf. Stundenlohn, obwohl früher der Stundenlohn 40 Pf. war, die Neueingestellten erhalten jetzt acht Wochen lang nur die halben Kronen, obwohl früher sofort volle Prozente gezahlt wurden. Ueberstunden wurden früher mit sofort volle Prozente gezahlt. Ueberstunden wurden früher mit 50 Pf. entschädigt, heute zählt man nur Tagelohn. Mehrlich so sehr es in der Gummi- und Celluloseindustrie Harburg-Wien aus. Auch hier mühen die Arbeiter fortwährend auf der Hut sein, um Verschlechterungen abzuwehren. Die Jahre der Gleichgültigkeit der Gummiarbeiter rächen sich schwer.

Erstlichweise begann im letzten Jahre ein Teil der Arbeiterschaft der „Großen Gummi“ sich etwas mehr an ihre Organisationspflicht zu kümmern. Durch emsige, einmütige Tätigkeit dieser Kollegen wird bald Besserung möglich sein. Was durch kostlose Arbeit erzielt werden kann, zeigen die Erfolge des letzten Jahres. Das Organisationsverhältnis in der „Großen Gummi“ hat sich entschieden verbessert, hält diese Einordnung an, wird es hier bald aufwärts gehen. Die Gelben, die in der „Gummi“ ständig an Boden verlieren, versuchen nun, sich neben der „Salalith“ in einigen andern Betrieben einzunisten. Das Resultat dieser Anstrengungen bleibt abzuwarten. Dauernde Erfolge werden ihnen niegenüß blühen, keine Arbeiterschaft läßt sich ständig zur Selbstentmannung zwingen.

Angesichts dieser Verhältnisse kann man die Entwicklung der Zahlstelle als eine gute bezeichnen. Die Zahlstelle stieg im Vorjahr auf 21 190,03 Mk., an Beitragsmarken wurden umgelegt 59 793 Stück a 55 Pf., 127 609 Stück a 45 Pf., 21 478 Stück a 25 Pf. und 2126 Stück a 10 Pf. Das Bureau wurde nach dem Neubau des „Harburger Volksblattes“, dem neuerrichteten Heim der Harburger Arbeiterschaft, verlegt. Ebenso beteiligte sich die Zahlstelle an der Gründung des Sport- und Spielplatzes „Vollmarst“. Diese Gründung sowie der „Vollmarst“-Park beweisen, welche kräftiges Leben in der Harburger Arbeiterschaft stellt sie auch in dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stellt sie ihren Mann. Unsere Zahlstelle erzielte im Jahre 1912 für 3162 Personen 3347,70 Mk. pro Woche an Vohnherhöhung, für 2366 Personen höhere Bezahlung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit, für 54 Personen 198 Stunden pro Woche an Arbeitszeitverlängerung, für 950 Personen jährlich 2 bis 6 Tage Ferien und für 200 Personen die Beilegung von landräden Mißständen. In der Sektion I (Chemische Industrie) fanden Bewegungen statt in der chemischen Fabrik Harburg-Staßfurt, Mecklische Gummi- und Phosphatwerke, Harburger Bismuthfabrik, United Lumber und Holzwerke, Harburg-Compagny Linoleum, und dem Kohlenzweigwerk Dr. Steinle. In der Sektion II (Gummi-Industrie) läßt das Organisationsverhältnis noch zu wünschen übrig, es konnte deshalb hier nur in einigen Abteilungen in Bewegungen eingetreten werden, trotzdem wurden auch hier für 172 Personen Vohnherhöhungen und für eine Anzahl Kollegen Ferien erreicht. In der Sektion III (Celluloseindustrie) pulsiert das meiste Leben. Hier konnten in den letzten Jahren die

## Verschiedene Industrien

### Wachstum der Automobilindustrie.

Im Jahre 1910 verbanden sich sämtliche Linoleumfabriken Deutschlands zu einer sogenannten Konvention. Im Statut dieser Vereinigung war als Zweck angegeben die „einheitliche Regelung der Preise“. Das „einheitliche Regelung“ nur die Umschreibung für Erhöhung war, weiß jeder, der die Terminologie der Unternehmerorganisationen kennt. Allerdings war im Jahre 1910 das Hauptmaterial für die Linoleumfabrikation, das Leinöl, erheblich im Preise gestiegen, so daß das Streben nach einer Erhöhung der Verkaufspreise verständlich erschien. Inzwischen ist jedoch das Leinöl ganz erheblich im Preise gesunken, das Linoleum aber ist dtefer Preisbewegung nicht gefolgt. Im Gegenteil, die Konvention hat die Preise nicht nur hochgehalten, sondern sie auch bei fallenden Leinölpreisen noch erhöht. Wie umfangreich die Preis-erhöhungen waren, ergibt sich aus der Tatsache, daß kürzlich der Berliner Magistrat sich wegen Linoleumbelag für eine Schule an eine ausländische Fabrik wandte, weil in Deutschland die Linoleumpreise seit 1910 um 40 Prozent gestiegen sind.

Die nächste Wirkung der Konventions-Preispolitik zeigt sich in einer erheblichen Erhöhung der Unternehmergewinne. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die Fabrik Untermark in Delmenhorst ihre Dividende für das Jahr 1912 von 24 auf 32 Prozent erhöht. Die Aufwärtsbewegung erstreckt sich auf die ganze Industrie. Im Gesamtverlauf des Jahres 1912 publizierten nämlich 8 deutsche Aktienunternehmen der Linoleumfabrikation vergleichbare Geschäftsberichte für ihr letztes Betriebsjahr. Ihr Aktienkapital war seit dem vorigen Abschluß von 25,48 auf 27,31 Millionen Mark gestiegen; die Dividendensumme erhöhte sich gleichzeitig von 2,21 auf 2,87 Millionen Mark. Auf das jeweilige Nominalkapital bezogen, stieg die durchschnittliche Dividende mitthin von 8,7 auf 10,5 Prozent. Selbst ein Unternehmerblatt, die „Tapeze“, sagt von den Linoleumfabriken, daß sie mit fast beängstigender Schnelligkeit Dividendenrekorde aufstellen.

Die bisherigen Erfolge scheinen der Unternehmervereinigung aber noch nicht ausreichend oder nicht mehr sicher zu sein. Die Konvention ist nämlich kürzlich umgestaltet worden. Während sie früher nur die Preise festsetzte, soll sie in Zukunft auch die Produktion regeln. Die einzelnen Fabriken werden nach Maßgabe ihrer seitherigen Leistungen „kontingentiert“, das heißt jeder Fabrik wird vorgeschrieben, wieviel Ware sie herstellen darf. Dadurch soll zunächst ein Ueberangebot von Waren verhindert und die Aufrechterhaltung der jetzigen Preise ermöglicht werden. Wenn ein Wert mehr produziert, als ihm zugestanden ist, muß es eine hohe Strafe bezahlen; produziert es weniger, kann es eine entsprechende Vergütung aus der Konventionskasse erhalten. Diese Vereinbarung gilt zwar vorläufig nur bis Ende 1913; sie ist jedoch nur deshalb auf so kurze Zeit abgeschlossen, weil event. im nächsten Jahre eine noch engere Zusammenfassung der Fabriken erfolgen soll.

Gegen die Vermehrung der Konkurrenz durch Errichtung neuer Betriebe, die sehr oft die Folge abnormer Preissteigerungen durch Kartelle ist, sucht sich die Vereinigung durch Verbindung mit den Händlern zu schützen. Wir haben schon früher darüber berichtet, daß die Linoleumvereinigung der Händlerorganisationen die Mitglieder zutreibt, indem sie nicht nur bei den Unorganisierten „vermittelt“,







## Chemische Industrie

### Unfallrente für eine Schwefelwasserstoffvergiftung.

Die höchsten Farbwerke haben bekanntlich bei ihrem Substitutum mit Sulfid darauf hingewiesen, daß in ihrem Betrieb keine Vergiftungsunfälle vorkommen, wie das auch die Statistik der Berufsgenossenschaft beweist. Die Statistik der Berufsgenossenschaft beweist aber gerade über diesen Punkt das Gegenteil. Denn Vergiftungen werden nur dann als Unfälle gebucht und entschädigt, wenn die Einwirkung des Giftes in einem ganz kurzen Zeitraum eine Schädigung des Arbeiters herbeigeführt hat. Ertrankt jedoch ein Arbeiter infolge wiederholter und dauernder Einwirkung giftiger Stoffe, so gilt seine Krankheit nicht als Unfall, sondern als Gewerbekrankheit, für die es keine Entschädigung auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gibt. Aber selbst, wenn die Vergiftung plötzlich erfolgt, ein Unfall also vorliegt, gibt es noch Schwierigkeiten. Zahlreiche Gifte töten oder kumulieren die Gesundheit, ohne deutlich erkennbare Spuren ihrer Einwirkung zu hinterlassen. Der Zusammenhang zwischen Erkrankung oder Tod und der Einwirkung giftiger Stoffe ist deshalb oft schwer, zuweilen gar nicht zu ermitteln. Die Betriebsärzte der chemischen Industrie sind abhängig vom Unternehmer und infolgedessen in ihrem Urteil beeinflusst, und anderen Verzeihen sieh wieder die nötige Erfahrung. Es kommt deshalb nicht selten vor, daß um eine Rente für verunglückte Arbeiter oder deren Hinterbliebenen selbst dann noch lange und hartnäckig gekämpft werden muß, wenn die Vorbedingungen des Unfallversicherungsgesetzes erfüllt sind. Von einem solchen Kampfe, den die Angehörigen eines Kollegen mit Hilfe des Arbeiterssekretariats Frankfurt a. M. durchführten, berichten folgende Zeilen:

Der 45 Jahre alte Arbeiter G. W. aus Zeilheim bei Höchst a. M. mußte im März 1911 wegen Lungenerkrankung und Herzleiden in das bekannte Krankenhaus in Höchst a. M. aufgenommen werden. Er führte seine Erkrankung darauf zurück, daß er am Tage vorher im Betriebe der Höpfer Farbwerke den Überdruck einer Versuchsbombe abgelassen und hierbei Schwefelwasserstoff-Gase eingeatmet habe. Die Ärzte des Krankenhauses traten ihm diese Behauptung aber entschieden ab, weil er schon seit mehreren Jahren an einem Lungen- und Herzleiden gelitten habe. Seine jetzige Krankheit könne daher unmöglich mit einem Unfall zusammenhängen. Hilfe hatte also der arme Verletzte von dieser Seite nicht zu erwarten und wurde dann auch von der Berufsgenossenschaft für chemische Industrie mit seinen Ansprüchen abgewiesen.

Den Kampf um die Rente führte dann das Frankfurter Arbeiter-Sekretariat, welches geltend machte, daß der Kläger wohl früher schon etwas leidend gewesen sei, doch habe sich das Leiden durch das Einatmen der giftigen Gase herab verschlimmert, daß er wohl in absehbarer Zeit keine Vorkarbeiten verrichten könne. Es wurde ein Obergutachten verlangt.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung kam dem Antrage auch entgegen, hörte die Ärzte und wies den Verletzten auf einige Tage in das städtische Krankenhaus etc. Das Gutachten der Krankenausärzte genügt jedoch dem Schiedsgericht nicht, nachdem der Kläger von einem Frankfurter Spezialarzt ein weiteres Gutachten beibrachte, das wohl ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Leiden vorhanden sein müsse. Es wurde daraufhin ein Obergutachten von der bekannten Autorität auf diesem Gebiete, Professor Dr. Lewin-Berlin, eingeholt, welches sehr zugunsten des Klägers ausfiel. Die Berufsgenossenschaft wurde dann auch verurteilt, dem Kläger die Vollrente zu gewähren.

In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß zwar festgestellt sei, daß der Kläger vor dem Unfälle bereits an chronischer Bronchitis, wie auch an einem Herzfehler gelitten habe. Trotzdem habe er aber seine Berufstätigkeit, mit Ausnahme einiger Unterbrechungen, voll verrichtet und habe auch normalen Lohn bezogen. Aus den Vorkäufen der Firma ergebe sich, daß G. W. vor dem Unfall an 313 Tagen im Jahre gearbeitet habe. Die Erwerbsfähigkeit des Klägers könne somit nur eine ganz geringfügige gewesen sein und sicherlich nicht als wesentlich bezeichnet werden. Nach dem Unfälle, bei welchem G. die Schwefelwasserstoff-Gase eingeatmet habe, habe sich aber sein Leiden herab verschlimmert, daß er nunmehr als vollkommen arbeitsunfähig anzusehen sei. Das Gericht habe sich auch in zwei Terminen mit Zeugnisaussagenahme von der Gefahr abergangen. Zwei sei das Gericht mit Professor Dr. Lewin der Ansicht, daß bei G. eingetretene Verschlimmerung des Lungen- und Herzleidens mit dem Unfälle in ursächlichem Zusammenhang stehe, daß also ein unmittelbarer Zusammenhang der jetzigen Erwerbsbeschränkung des G. mit dem erwähnten Unfall gegeben sei.

Die Vollrente sei aus einem ermittelten Jahresverdienst von 1722 M. daher zu gewähren.

Für unsere Kollegen in der chemischen Industrie ist diese Entscheidung sehr wichtig. Es werden ja nicht allein die Unfälle und ihre Ursachen an sich bestritten, sondern auch immer darauf hingewiesen, daß gesunde Leute an Vergiftungen dieser Art nur selten oder gar nicht gefährdet werden können. Man forscht daher sehr nach, ob der Verletzte jemals im Leben eine Stunde krank war, und da dies bei vielen Menschen der Fall ist, so hat man immer eine recht bequeme Ausrede, um sich von der Zahlung der Rente zu brüden. Im vorliegenden Falle ist nun glücklicherweise das Gericht näher auf die Sache eingegangen, da ja ein Arbeiter-Sekretariat dem armen Verletzten zur Seite stand. Jedenfalls wäre die Sache anders gegangen, wenn der Verletzte diese Hilfe nicht gehabt hätte. Er hätte sich, wie leider so viele Kollegen, mit dem „Kroch“ der Krankenausärzte begnügt, daß er ja schon vor dem Unfall leidend gewesen und das „Dünnen Gift“ sicher nicht diese Verschlimmerung hervorgerufen haben könne. Es arbeiten ja so viele Tausende alljährlich Tag und Nacht emsig in diesen Millionenbetrieben und werden „ja auch nicht krank“!

Für die berühmten Farbwerke ist dieses Urteil ein harter Schlag, zumal die Berufsgenossenschaft auch keinen Nachruß dagegen erheben hat. Sicher wäre dies aber erfolgt, schon um den Ruf der Farbwerke Höchst wieder zu heben, wenn nicht Professor Dr. Lewin ein lautes Obergutachten ausgearbeitet dem Schiedsgericht vorgelegt hätte.

### Arbeitsunfähigkeit und Koalitionsrecht im Betriebe des Reichstagsabgeordneten W. Stöbe.

Zwischen den Betriebsdirektoren und den Arbeitern der Werke Aue und Rehmendorf, Firma „Verein Gemischer Fabriken, A.-G., Zeitz“, ist es schon wiederholt zu unliebsamen Austritten gekommen. Mitte des Jahres 1911 nahmen die Arbeiter beider Werke mehrmals zur Frage der Betriebskrankeinstellung Stellung. Die Krankheitsverhältnisse waren unhaltbar geworden. Im Oktober 1911 wurde Kollege Weisser, der Vertreter der Zeitzer Zahlstelle unseres Verbandes, beauftragt, eine Petition an die Direktion zu verfassen, in der die Wünsche der Arbeiter festgelegt und die mit den Unterschriften der Arbeiter versehen sein sollte. Ein Arbeiter des Rehmendorfer Werkes erbat sich nun die Erlaubnis vom Meister Stöbel, die Unterschriften sammeln zu dürfen, was ihm auch bereitwillig gestattet wurde. Die Petition gelangte am 6. November 1911 mittels Einschreibebriefes an die beiden Betriebsverwaltungen in Rehmendorf und Aue. Vom Werke Rehmendorf war die Petition mit 90 Unterschriften, vom Werke Aue mit 50 Unterschriften versehen. Eine Antwort traf jedoch von den beiden Direktionen nicht ein. Sie glaubten schließlich jedenfalls, dabei am besten wegzukommen. Sie hatten sich jedoch verrechnet. Auf eine nochmalige telephonische Anfrage des Verbandes wurde von den Betriebsleitungen mitgeteilt, daß am 24. Dezember 1911 die Generalversammlung in Aue stattfinden würde. Vorher sollte man dem Arbeiter, welcher die Unterschriften seiner Kollegen gesammelt hatte, zu Gemüte, was es heißt, wider den Stachel zu leiden. Nach 14 Tagen schon wurde der Kollege entlassen. Dem entlassenen Arbeiter erklärte Herr Dr. Koberow: „Sie sind ein tüchtiger Arbeiter, aber ich kann Sie nicht mehr gebrauchen.“ Der Kollege bekam den Lohn für acht Tage und durfte die schließliche Petition nicht wieder betreten. Auf eine nochmalige im „Vollstet“ veröffentlichte Kritik machte Herr Martin Stöbe, Zeitz, seinem Verlangen Lust; er erklärte in einer „Verächtigung“, daß der Arbeiter nur deshalb entlassen worden sei, weil er die von ihm gesammelten Unterschriften zu Verbandszwecken mißbraucht habe.

Bei der letzten Reichstagswahl war der Bruder des Herrn Martin Stöbe, Herr Willi Stöbe, Generaldirektor des Vereins Gemischer Fabriken, in Österrich von der nationalliberalen Partei als Reichstagskandidat aufgestellt und wurde in der Stichwahl mit Hilfe der Arbeiter in den Reichstag gewählt. Herr Stöbe unterschrieb damals ehrenvoll eine Erklärung, die den Arbeitern in Aue und Rehmendorf ihr Koalitionsrecht sichern sollte. Aber Unterschreiben und Gatten ist zweierlei.

Nach dem Streik in der „Chemischen“ in Aue, der resultatlos abgebrochen werden mußte, folgten Schlägen auf Schlägen. Diejenigen Arbeiter, die nach dem Streik in Arbeit treten wollten, mußten aus der Organisation austreten. In Rehmendorf ging es genau so zu. Arbeiter, die in ihrer freien Zeit taten, was sich für einen vernünftigen Menschen gebietet, wurden beschimpft, verraten, benutzet und verlastet. In die Betriebsversammlungen wurden bezahlte Spitzel entsandt, und es war daher der Willkür Tor und Tür geöffnet.

Am 23. Januar d. J. versammelten im Betriebe der Zellfabrik in Rehmendorf einige Arbeiterinnen und ein Arbeiter dadurch, daß ein Sachverwalter und die Arbeiter unter denselben zu liegen kamen. Die Verhandlung verlief nun zu Sonntag, den 26., eine Betriebsversammlung ein, die sich mit dem Unglücksfall und noch andern Angelegenheiten befassen sollte. Einige bezogene Arbeiter waren erschienen; gefügt hatte allerdings in dieser Versammlung auch nicht ein Arbeiter ein Wort. Am Dienstag darauf wurde schon wieder ein großes Verhör angeordnet, und, wie üblich, ein Arbeiter wurde sofort entlassen. Er bekam seinen Lohn ausgezahlt, auch für seine Krankheitszeit wurde ihm ausbezahlt; aber dann sofort hinaus aus der Fabrik, damit die Firma vor dem Unsturz bewahrt bleibt. Wir sind nun aber der Meinung, die Fabrik sollte sich in erster Linie um die sanitären Verhältnisse im Betriebe, um die Badeeinrichtung und um die Wascheinrichtung kümmern, um die Vandalen für die Arbeiter um. Wenn die Arbeiter in die Versammlung gehen, geht dies der Firma auch rein gar nichts an. Die Arbeiter werden auch nicht gefragt, wenn die Herren Beamten ihre Verbandsversammlungen usw. haben. Die Beamten würden sich auch schon wundern und höchlich dagegen verwahren, wenn sie von andern immer bespitzelt würden. Wir fragen nun, was sagt Herr Reichstagsabgeordneter Willi Stöbe, Berlin, zu all dem Vorgehen? Was ist es mit seinem Wahlversprechen? Herr Stöbe, wenn er ein Ehrenmann ist, das nicht billigen, was seine Betriebsverwaltungen getan haben und noch tun über doch?

### Der „Reichtümer“ seiner Arbeiter mit dem Vertreter von Arbeiterinteressen vor dem Gewerbegericht.

Vor dem Gewerbegericht Grödenheim a. M. lagte der Vorarbeiter Schücingel gegen das Chemikalienwerk von Max u. Müller auf Zahlung eines Wochenlohnes, Ausstellung eines Führungsbüchchens und Zahlung von Unzugsgeld aus dem Jahre 1906, welches ihm damals beim Austritt versprochen, aber noch nicht ausgezahlt sei, trotzdem er daselbst öfters reklamiert habe. Der Vertreter der Firma war Herr Dr. Jstel, und da einige seiner Ausführungen auch für die Arbeitererschaft Beachtung verdienen, seien dieselben hier mitgeteilt. Um zu beweisen, daß man dem Kläger das Unzugsgeld gegeben hätte, wenn es ihm versprochen wäre und er nur einmal reklamiert hätte, sagte Herr Dr. Jstel: „Der Schücingel (Burgzeit in Odenburg, D. B.) war ein tüchtiger, energischer Mann, er hat auch bei der Firma sehr gute Dienste geleistet, indem er während der Streikbewegung (Gemeint ist wohl 1906 und 1910, D. B.) die Arbeiter ausführende und dann uns mittelste; solche Dienste werden doch anerkannt. Wenn vielleicht weiter geglaubt wird, er hätte während der Zeit, als er bei uns in Stellung war, nicht den Mut gehabt, die Summe zu fordern, so sei gesagt, daß jeder Arbeiter mir sein Anliegen vorbringt; ich bin gewissermaßen der Reichtümer meiner Arbeiter usw.“ Das Gericht beschloß weitere Beweisnahme, nachdem Dr. Jstel erklärte, einen Eid, daß er dem G. kein Unzugsgeld versprochen hätte, nicht leisten zu können.

Also, Kollegen, die Augen auf gegenüber dem Aufseher oder Vorarbeiter Schücingel!

### Unfälle.

Explosion in den Farbwerken in Beverlufen. Am 17. Februar kurz vor Mittag ereignete sich im Bau 338 der Oberfelder Farbwerke ein folgenschweres Unglück. Arbeiter der Werkstätte C waren damit beschäftigt, mit einer Knallgaslampe einen Kräger zu zerfressen, als plötzlich auf bis jetzt ungeläuter Weise die auf 160 Atmosphären Druck gefüllte Sauerstoffflasche explodierte, wobei 4 Arbeiter-Verletzungen erlitten. Einem Arbeiter brachte die Explosion einen Riß im Schenkel, bei dem andern wurden die Finger einer Hand abgerissen, dem dritten, einem jungen Mann von 18 Jahren, wurden die Beine aufgerissen und der vierte erlitt eine schwere Kopfverletzung. Zwei der Verunglückten sind schwer verletzt.

Explosion in der Rheinischen Sprengkapsel-fabrik. Am 14. Februar entstand in der Rheinishen Sprengkapsel-fabrik im Stroh ein nicht entzündende Explosion durch Auseinanderfliegen einer Maschine. 3900 gefüllte Sprengkapseln flogen mit in die Luft. Durch die Explosion ist die Mäsch nicht ganz, das umliegende Mauerwerk zum Teil zerstört. Menschleben sind zum Glück keine zu beklagen; alle kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Halle a. S. Die Gemische Fabrik von Gut u. Richter in Wörmlich bei Halle zahlt ihren Arbeitern sehr schlechte Löhne. Bis zum Jahre 1910, d. h. bis sich unsere Organisation energisch her vor beschafften Arbeiter annahm, wurden noch Löhne von 28, 30 und 32 1/2 Pf. pro Stunde bezahlt; den zuletzt angeführten Satz erhielten nur über 10 Jahre im Betriebe beschäftigte Arbeiter. Die Inhaber Herr Gut, sind beide Millionäre, könnten also gewiß ausreichende Arbeitslöhne bezahlen. Im Jahre 1911 wurden die Löhne zum zweiten Male um 1/2 Pf. pro Stunde aufgebessert (das erste mal im Herbst 1910). Seit dieser Zeit sind volle zwei Jahre verstrichen. Aus diesem Grunde haben sich die Arbeiter gezwungen, infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erneut an die Unternehmer heranzutreten mit dem Ersuchen, die Löhne so aufzubessern, daß die innerhalb der letzten zwei Jahre eingetretene Preissteigerung einigermaßen ausgeglichen würde. Die Verhandlung reichte die Eingabe in der höflichsten Form ein. Die Antwort lautete wie folgt:

Wörmlich, den 20. Februar 1913.  
Herrn E. Kürbs, Halle.

Der Auftrag, an uns zu schreiben, ist Ihnen nicht von unserer Arbeiterschaft, sondern vielleicht von einem Teil derselben gegeben worden. Wenn unsere Arbeiter Wünsche haben, so können diese uns dieselben selbst mitteilen. Durch Ihre Vermittlung können wir jede Verhandlung ab und bitten Sie hierdurch, uns mit Ihren zum Teil auf falschen Angaben beruhenden Mitteilungen zu verschonen.

Achtungsvoll  
Gut u. Richter.

Hieraus ist ersichtlich, daß die Unternehmer sehr genau vor der mangelnden Einigkeit der Arbeiter ihres Betriebes unterrichtet waren. Angehörig die Hälfte der Arbeiter besteht nämlich aus Leuten, die in diesem Betriebe alt und grau geworden sind; einzelne hiervon erhielten bis 1910 als Höchsthöhe für 30-jährige Tätigkeit Lage und schreiben 32 1/2 Pf. pro Stunde. Diese Arbeiter gehören zu denen, welche gern ernten, aber das Sien der jüngeren Generation überlassen; sie schimpfen über den Verband, streben aber schmerzhaft den durch den Verband erzwungenen Mehrlohn mit ein. Auch hat keiner derselben den Urlaub verschmäht, der vor zwei Jahren auf Anregung der Organisation eingeführt wurde. Aber sie haben keine Courage, selbst mit für Verbesserungen einzutreten. Das ist bedauerlich im Interesse der Arbeiterschaft dieses Betriebes. Die Firma hätte sich gehütet, die Arbeiterschaft so nicht nachzulassen zu behandeln, wenn sie nicht damit rechnete, daß eben ein Teil der Arbeiterschaft sich ihr bedingungslos zur Verfügung stellt. Vielleicht trägt aber gerade die Antwort der Firma mit dazu bei, die der Organisation noch fernstehenden Arbeiter in die Reihen ihrer Arbeitskräfte zu führen.

## Keramische Industrie

### Die Zementindustrie in den deutschen Kleinstaaten.

Von den deutschen Kleinstaaten haben nach den Gewerbeinspektionsberichten vom Jahre 1911 nur Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt und Elsaß-Lothringen Zementfabriken aufzuweisen. In Sachsen-Weimar sind drei Zementfabriken, in denen durchschnittlich 618 Arbeiter beschäftigt waren. Es sind dies die Zementfabriken in Berka mit 180 Beschäftigten, Gschwitz mit 360 Beschäftigten und Steudnitz mit 128 Beschäftigten. Der Arbeiterwechsel war im Berichtsjahre der in den Zementfabriken übliche. Es traten 700 Arbeiter ein und 648 wieder aus. Der Gewerbeinspektionsbericht führt diesen Wechsel im wesentlichen auf die ausländischen Arbeiter zurück, die die Hälfte der Arbeiterschaft stellen und alljährlich im Spätherbst auf einige Wochen nach der Heimat zurückkehren. Der Bericht führt aber auch an, daß von den 700 eingetretenen Arbeitern zwei Drittel — das sind 466 — neu eingetreten sind. Within kehrt so mancher der ausländischen Wanderarbeiter nicht wieder, und das liegt viel. Ferner ist dabei noch zu bedenken, daß von den 618 durchschnittlich Beschäftigten, genau 300 Arbeiter, also ziemlich die Hälfte schon über 5 Jahre in den Betrieben tätig sind, die mithin bei dem Wechsel auscheiden. Diese haben zweifellos die besseren oder doch weniger gesundheits-schädlichen Arbeitsplätze inne, oder aber sie verfügen über eine Pfrdenatur. Die übrigen 318 Arbeiter aber haben durchschnittlich nur 6 Monate bei der Zementarbeit ausgehalten.

An Gesundheitsgefahren wurden mehrfach Augenentzündungen und Zementkugeln an den Augen wahrgenommen, die zum Teil mit monatelanger Erwerbsunfähigkeit verknüpft waren. Davon wurden hauptsächlich die Arbeiter betroffen, die an staubreichen Arbeitsstellen, so am Schieber der Zementsilos, beim Absacken und Abwiegen des Zementes tätig waren. Siemlich häufig wurden auch Abzungen an den Händen und Füßen wahrgenommen, auf die durchschnittlich 20 Krankheitsstage kamen. Diese Abzungen stellten sich als flache, geschwürige, durch Zementstaub hervorgerufene Hautveränderungen dar, die mit einer Zementkruste bedeckt waren oder es bildeten sich Scher in der inneren Handfläche und an den Fingern infolge allzu starker Hautabnutzung. Zuweilen wurde auch das Wachsen der Haut unter den Fingernägeln beobachtet, und zwar auch bei Arbeiterinnen, die ungelöschte Zementfäcke sortierten. Durchlöcherung der Nasenschleimhaut wurde in einem Falle festgestellt.

Weitere Gefahren stellt der Bericht mit folgendem fest: „Besondere Unfallgefahr bietet das Abstoßen der Zementklinker bei Schichten, das mit eisernen Stangen von der Hand aus in unmittelbarer Nähe des Klinkerstocks vorgenommen wird. Größere Klinkerstücke, die sich plötzlich ablösen und denen infolge von vorgehobenen Transportwagen, am Boden liegendes Material oder aus sonstigen Gründen nicht schnell genug ausgewichen werden kann, treffen die Arbeiter an den Beinen und rufen zuweilen schwere Verletzungen hervor. — Unangenehme Dünsten und Gase, die durch den Einschlacht aus dem Ofen treten, ist der Arbeiter ausgesetzt, der mit der Ueberwachung der Rohmaterialzufuhr zum Drehofen betraut ist, so lange nicht für eine wirksame Entlüftung auf dem Grundboden gesorgt wird. Gleichen Einwirkungen ist Drehofenbrenner oder andre Arbeiter ausgesetzt, wo die Kohlentrodnerie von ihrem Arbeitsstand nicht abgerent ist.“

Stärkerer Staubeintrittung sind die Arbeiter beim Ausbreiten von Rohmehl in den Stümpfen ausgesetzt, da das Anfeuchten des Mehles erst nach dem Breitziehen desselben erfolgen kann. Staub entwickelt sich auch in beträchtlichen Mengen beim Einschleusen des Zementklinkers in die Transportwagen und bei der Weiterbeförderung nach dem Brecher. In einem Werke, in dem Schachtfenklinker von einem 7 Meter hohen Klinkerhaufen abgefahren werden, sind die Arbeiter gezwungen, mit Tüchern vor Mund und Nase zu arbeiten und bei Wind Schutzbrillen zu tragen. Der Bericht bemerkt dazu, daß sich trotzdem bei diesen Arbeitern keine Erkrankungen der Atmungsorgane feststellen ließen, obwohl von den acht dabei beschäftigten Arbeitern fünf bereits 8 bis 25 Jahre in dieser Betriebsabteilung beschäftigt gewesen seien. Derselbe Bericht sagt aber an anderer Stelle: „Krankheiten der Atmungsorgane sind ja bei der teilweise beträchtlichen Staubeintrittung nicht selten zu beobachten.“ Dieser Widerspruch findet seine Erklärung wohl darin, daß die betreffenden fünf Arbeiter mit einer unverwundlichen Gesundheit ausgerüstet sind, die bedeutend über dem Durchschnitt steht, oder daß die Beobachtung des Gesundheitsstandes der Arbeiter eine recht mangelhafte war.

Erhebliche Hitze wurde an den Entnahmestellen des badstempfenförmigen Rohmaterials aus den Trockenanlagen festgestellt. Es herrscht hier über den Steinen, die auf den Stagenwagen von Hand nach dem Fahrstuhl transportiert werden, eine Temperatur von 63 Grad. Auf den Schachthöfen wurden während des Einfüllens dieser Steine 37 Grad Hitze bei 5 Grad Außentemperatur ermittelt. Am Brennerstand der Drehöfen schwankte die Temperatur zwischen 22 und 30 Grad bei 10 Grad Außentemperatur. Wenn trotz dieser Unsumme von Gesundheitsgefahren von den Ärzten konstatiert wurde, daß die Gesundheitsverhältnisse der Zementarbeiter nicht schlechter sind, als in Verufen mit ähnlichen Arbeitsverhältnissen, so ist dies nur dem großen Arbeitswechsel zuzuschreiben, der die weniger widerstandsfähigen Arbeitskräfte regelmäßig ausschleudert.

Braunschweig zählt 5 Zementfabriken mit 585 Arbeitern. Es sind dies die Zementfabriken in Saldern mit durchschnittlich 115 Arbeitern, Bornwohle mit 294 Arbeitern, Horiesdorf bei Schöningen mit 111 Arbeitern, Westerbe bei Harzburg mit 55 Arbeitern und Schlemede mit 10 Arbeitern. Weher in den Zementfabriken sagt der amtliche Bericht: „Der Arbeiterwechsel in den Zementfabriken ist vielfach ein recht bedeutender.“ Nach Angabe der Fabrikleitungen sollen hauptsächlich die jüngeren Arbeiter von 18—23 Jahren die Arbeit sehr bald wieder aufgeben, während eine Anzahl älterer Arbeiter in Arbeit



bleibt. Damit wird bestätigt, daß die Arbeiter, solange sie in andern Berufen Arbeit finden können, die Zementfabriken meiden und nur im vorgezeichneten Alter gezwungenermaßen dort Unterschlupf suchen. Diese Tatsache dürfte eine genügende Beleuchtung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Zementfabriken darstellen.

In einer Fabrik ist in einigen Fällen Zementtrüge beobachtet worden. Im gleichen Betriebe mußten häufiger die Arbeiter der Baderei und der Zementmühle vom Urzte von Nasensteinen befreit werden. In der Baderei leiden die Arbeiter durch dauerndes Zubinden der Säcke allgemein an munden Singern. Sie jucken sich durch Umrwickeln der Finger mit Isolierband dagegen zu schützen, was aber nicht vollständig erreicht wird. Obwohl der Staubgehalt durch technische Einrichtungen entgegengewirkt wird, lassen die Krankheitsziffern eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse erkennen. So kamen im Jahre 1908 in der Zementfabrik Salders auf jeden Arbeiter durchschnittlich 4,8 Krankheitsstage, 1910 dagegen 5,8. In der Vorwohler Zementfabrik stiegen die Krankheitsstage in der gleichen Zeit von 4,4 auf 5,4, und in der Zementfabrik Westerde ist eine Steigerung von 2,4 auf 3,7 Krankheitsstage zu verzeichnen. Ohne den gewaltigen Arbeiterwechsel würden sich diese Ziffern zweifellos noch um das Mehrfache erhöhen.

Sachsen-Meinungen hat nur eine Zementfabrik, in der 31 Arbeiter beschäftigt werden. Es ist dies die Zementfabrik „Thuriggia“ in Unterwellenborn. Der in diesem Betriebe hergestellte Schlacken-Zement wird hier aber nicht durch die Verarbeitung von Rohmaterial gewonnen, sondern die Fabrik bezieht fertigen Portlandzement, setzt diesem Gips und Eisenhochofenschlacken zu und bringt die Mischung nochmals zur Vermahlung. Der Betrieb besteht dabei hauptsächlich aus der Mälerei, in der 20 Arbeiter abwechselnd Tag und Nacht beschäftigt werden. Ueber die Gesundheitsgefahren sagt der Gewerbeinspektionsbericht: „Was die Betriebsbedingungen betrifft, so gibt das Einfließen des zum Vermischen kommenden Zements in die Kugelmühle zu Nebenunfällen, da hierbei starke Staubentwicklung unvermeidlich (?) und Staubabsaugung nicht angängig (?) ist. Respiratoren oder andere die Atmungsorgane schützende Apparate seitens der Arbeiter aber nicht verwendet werden. — Starter Hitze sind die Arbeiter beim Trocknen der Hochofenschlacken ausgefetzt, die Temperatur im Trockenofen schwankt zwischen 150 und 200 Grad Celsius. Zur Herabminderung der Temperatur vor den Ofen sind die Feuermauer im Freien angelegt, demzufolge die Arbeiter schroffem Temperaturwechsel ausgefetzt sind.“

Die Arbeiter am Trockenofen sind mithin schon hier den angeführten „Höllengütern“ Aberontwortet. Die Folgen der hier amtllich geübten Arbeitsverhältnisse zeigen sich deutlich in den Krankheitsziffern. Im Jahre 1910 waren bei einem Arbeiterbestand von 31 Personen 20 Krankheitsfälle mit 252 Krankheitsstagen zu verzeichnen. Es waren mithin 64,5 Prozent der Arbeiter krank mit einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von 12,6 Tagen. Auf jeden beschäftigten Arbeiter kommen durchschnittlich 8,1 Krankheitsstage. Und dazu schreibt die Gewerbeinspektion: „Die Ärzte sind mit dem Gesundheitszustand der Zementarbeiter recht zufrieden.“ Für die Ärzte mag dieser Gesundheitszustand ja zufriedenstellend sein, denn sie haben dabei Hochkonjunktur, für die Arbeiter aber bedeutet er das Gegenteil.

In Sachsen-Altenburg ist ebenfalls nur eine Zementfabrik (in Gönitz) mit 63 Beschäftigten vorhanden. Im Jahre 1910 umfaßte der Arbeiterwechsel ziemlich die Hälfte der Arbeiterschaft. Die Gesundheitsverhältnisse sind hier ungefähr dieselben wie die vorstehend geschilderten. Ueber die Einrichtungen zur Pflege der Arbeitergesundheit sagt der Bericht: „... Was Gelegenheit ist da, allerdings in einer primitiven und wenig zeitgemäßen Form. Ebenso ist das Fehlen eines Arbeiterbades zu beklagen. Die Direktion begründet den Mangel damit, daß es ihr an dem erforderlichen Betriebswasser fehlt und daß die Arbeiter von einer Badegelegenheit doch keinen Gebrauch machen würden. Das erste mag zutreffen, das zweite ist eben nur eine Annahme, die sich allein auf die in andern Fabriken beobachtete Tatsache stützt, daß der Arbeiter mit Schluß der Arbeitszeit nur das Bett streuen hat, möglichst schnell aus dem Betriebe herauszukommen. Ist aber eine Badegelegenheit da, wird die Badzeit zweckmäßig geregelt, dann wird auch das Fehlen der Erfahrung, allmählich von der Gelegenheit guter Gebrauch gemacht.“ Wir können dieser Auffassung beipflichten, nur verstehen wir nicht, daß die Gewerbeinspektion von dem ihr zurechnenden Recht so wenig Gebrauch macht, um die erkaute Kampel abzuhelfen. Vielleicht helfen die Arbeiter selbst durch die Organisation da etwas nach.

Auch hat drei Zementfabriken, die Bernburger Portlandzementfabrik in Bernburg, die Anhaltischen Portlandzement- und Kalkwerke in Bernburg und die Zementfabrik der Söding-Werke in Bernburg. Letztere ist erst im Berichtsjahre hinzugekommen, so daß für den Bericht nur die zwei ersten Fabriken in Frage kommen, die durchschnittlich 350 Arbeiter beschäftigen. Der Arbeiterwechsel war auch hier außerordentlich groß, er betrug ungefähr das Zweifache der Beschäftigungsziffer, woraus sich eine durchschnittliche Beschäftigungsdauer von einem halben Jahr pro Arbeiter ergibt. Die Ursache wird im Bericht zum Teil auf die schwere Arbeit zurückgeführt. Die Arbeitsverhältnisse werden durch die Tatsache beleuchtet, daß in der Bernburger Zementfabrik bei 226 beschäftigten Arbeitern im Jahre 1910 192 Krankheitsfälle mit 3305 Krankheitsstagen zu verzeichnen waren. Es wurden mithin 85 Prozent der Arbeiter durchschnittlich einmal auf 17,2 Tage krank. Der Kreisarzt führt dieses unerwartet hohe Maß auf die in den Zementfabriken beschäftigten „mühsameren“ Arbeitskräfte zurück. Auch die Detranktenliste Bernburg könnte diesem Urteil zu, indem sie betont, daß in der Zementfabrik oft Leute eingestellt werden, die körperlich mehr oder weniger schon verbraucht oder anderwärts wegen Krankheit entlassen worden seien, und die dann leicht arbeitsunfähig würden und sich krank melkten. Sollten diese Urteile zutreffend sein, so wäre das aber durchaus keine Entlastung der Zementfabriken hinsichtlich der dort herrschenden Arbeitsverhältnisse, sondern nur eine Bestätigung, daß diese so jammervoll sind, daß sich ihnen die Arbeiter nur dann unterwerfen, wenn sie anderwärts nicht mehr unterkommen vermögen, und damit wären die Arbeitsverhältnisse in den Zementfabriken amtlich gerichtet.

**— Ziegelmeister Kaiser aus Hohenhausen in Sypp.**  
In Hohenhausen in Sypp, einem jener lappigen Orte, wo wir in jeder Hinsicht bis heute nur unter Organisation und nicht unter Zwang verstanden, wohnt der noch ziemlich junge Ziegelmeister Kaiser.

ein Sohn des dortigen Gerichtsvollziehers. Dieser junge Mann hatte für die Kampagne 1912 eine Menge in Hohenhausen d. h. E. übernommen, wo er sich gar bald als ein grimmiger Organisationskünstler entpuppte. Das Nähere darüber haben wir schon vorigen Frühjahr im „Proletarier“ berichtet. Es gelang dem jungen „Siegfried“ aber nicht, den ihm so gefällig erscheinenden „Drachen“ zu töten, dazu reichten seine Fähigkeiten nicht aus, er konnte ihn nur verjagen. Er entließ einen Kollegen, den er durch sein Eintreten für sein Recht im Verband hatte, organisierter „Aufwiegler“ zu sein, ohne ihm aber seinen Lohn auszubehalten. Daraufhin legte der dort ebenfalls beschäftigte Bruder des Entlassenen im Einverständnis des Meisters auch die Arbeit nieder. Natürlich erhielt auch dieser den rückständigen Lohn nicht, ja, der Sohn des Gerichtsvollziehers verweigerte sogar die Herausgabe der üblichen Lohnabrechnung.

Nachdem unsere Organisation in Hohenhausen die Klage gegen den Ziegelmeister eingereicht hatte, ergab sich, daß der junge Mann den Schouplag seiner Tätigkeit verlassen hatte. Erst nach längerem Suchen gelang es, ihn in Mittelfeld bei Schwandorf in Bayern zu ermitteln. Kaum war nun die Klage gegen den wanderlustigen Meister wieder in Fluß gebracht, so hatte er auch schon wieder den bayerischen Ziegelstaub von seinen Füßen geschüttelt. Schließlich tauchte er in Osterdamme in Oldenburg wieder auf. Hier erreichte ihn nun die Klage. Beim Gerichtstermin erschien er aber nicht; es erging Verwährungsurteil und nachdem er nicht bezahlte, wurde bei dem Sohn des Gerichtsvollziehers zur Pfändung geschritten, die aber erfolglos blieb, da er nur seine Kleidung als Eigentum aufzuweisen hatte. Der „Siegfried“ war also „preußisch“ emgericht, er hatte nichts.

Nun legte der gute Mann gegen das Verwährungsurteil Berufung ein, wobei er Schadenersatz gegen den Ziegler geltend machte, weil mit seinem Einverständnis die Arbeit nicht eingeleitet hatte. Er bestritt dieses Einverständnis und begründete darauf seinen Schadenersatz. Trifft nun die Behauptung des Meisters zu, so zeigt das wieder die eigenartigen Praktiken so mancher Ziegelmeister. Der erste Arbeiter wird plötzlich entlassen, ohne daß ihm ein Schadenersatz für die Kündigungsschuld von dem Meister zugestimmt wird. Der zweite Arbeiter legt nun ohne Kündigung die Arbeit nieder, und nun kommt der Meister und verlangt Schadenersatz.

Um nun dem Streit ein Ende zu machen, wurde zwischen beiden Parteien ein Vergleich abgeschlossen, nach dem der Ziegelmeister Kaiser verpflichtet, an den zweiten Arbeiter 45 Mk. zu zahlen. Der Vergleich wurde gerichtlich bestätigt, aber bis heute hat der Arbeiter noch keinen Pfennig erhalten. Der Sohn des Gerichtsvollziehers nun nochmals zu pfänden, erscheint uns als zwecklos, denn wenn Herr Ziegelmeister Kaiser im Dezember 1912 nichts sein eigen nannte, als die paar Lumpen, die er auf dem Behe trug, so wird er auch im Januar 1913 nicht mehr haben. Daß er inzwischen in der Vorkasse genommen hat, ist nicht bekannt geworden. Wenn da nicht der Vater des noblen Ziegelmeisters, der Herr Gerichtsvollzieher, so wohl ist und in die Tasche greift, um den gerichtlichen Vergleich zu vollziehen, dann wird der Arbeiter um seine so schwer und teuer verdienten Groschen betrogen sein.

Dieser Vorgang lehrt von neuem, daß sich die Ziegler vor der Arbeitsaufnahme den Meister genau ansehen, sich über dessen Vergangenheit und Vermögensverhältnisse genau erkundigen. Vor allem aber ist darauf zu drängen, daß der Lohn wöchentlich ohne Abzug ausgezahlt wird, nur dann können die Betrügereien vermindert werden.

**— Ziegeleigewinn.**  
Die Daßziegelwerke Ergoldsbach haben im Jahre 1912 wiederum reichen Gewinn erzielt. Nach 102 673 Mark Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 333 628 Mark, gegen 279 154 Mark im Jahre 1911. Es ist mithin eine Gewinnzunahme von 54 474 Mark zu verzeichnen. Vom Reingewinn sollen vierzig Prozent Dividende, das sind 133 451 Mark, an die Aktionäre werden, 52 759 Mark erhalten Aufsichtsrat und Direktion als Tantieme oder Extravergeltung und ganze 4000 Mark werden dem Arbeiter-Unterstützungsfonds zugewiesen. — Willkürlich eine „gerechte“ Verteilung des Arbeitsertrags.

**— 25 Jahre Ziegeleibesitzerorganisation.**  
Die Verkaufsvereinigung der Darmunder Ziegeleibesitzer kann in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde im Jahre 1888 als „Verkaufskontor für Ziegeleifabrikate“ gegründet und kann somit als die erste Ziegeleibesitzerorganisation auf totaler Grundlage gelten, die sich die „Preisregulierung“ zum Zweck gesetzt hat. Im Jahre 1891 wurde die Vereinigung in eine Aktiengesellschaft mit 78 000 Mk. Aktienkapital umgewandelt. Das Aktienkapital hat sich im Laufe der Zeit auf 226 000 Mk. erhöht, und kann diese Erhöhung als Gradmesser der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Vereinigung gelten.

Die besten Zeiten sah die Vereinigung wohl in den neunziger Jahren, wo der Aufschwung der rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenindustrie der Ziegeleiindustrie nicht nur reichlich Brot, sondern auch Gold gab, von dem die Arbeiter allerdings recht wenig erhielten. Der andauernde Goldregen, der auf die Ziegeleiindustrie niederging, führte dann zur Gründung zahlreicher neuer Ziegeleien und schuf die heutige Reberproduktion, unter der die Arbeiter am schwersten zu leiden haben. Schon im Jahre 1899 mußte die erste Einschränkung der Produktion um 25 Prozent erfolgen, die bis zum Jahre 1909 auf 75 Prozent stieg. Im Jahre 1912 betrug die Einschränkung 50 Prozent und für 1913 ist sie auf 60 Prozent festgesetzt.

Als erste Ziegeleibesitzerorganisation hat die Vereinigung ihr mögliches getan, um den Organisationsgedanken unter den Ziegeleibesitzern zu verbreiten. Sie hat von den 18 in Rheinland-Westfalen bestehenden Verkaufsvereinen die größte Anzahl gegründet oder deren Gründung angeregt, sie hat auch veranlaßt, daß diese 18 Verkaufsvereine sich zu einem „Rheinisch-Westfälischen Ziegeleibesitzerverband“ vereinigen, sie hat ferner die Gründung einer Anzahl von Ziegeleibesitzerverbänden veranlaßt und hat für deren Zusammenfassung zu einem Zentralverband der Ziegeleibesitzer getagt. So war die Vereinigung, der heute 39 Firmen mit 46 Dezen und einer Belegschaftsziffer von 210 Millionen Ziegeln angehören, für die Organisation der Ziegeleibesitzer unermüdet tätig. — Diese Tätigkeit zwingt uns, den Wunsch auszusprechen, daß die Ziegeleibesitzer der organisierten Besizer recht bald dem Beispiele ihrer „Vereine“ folgen und mit demselben Eifer für die Ausbreitung der Arbeiterpolitik sorgen möchten.

**— Niederschlagung.** Mit welchen raffinierten Mitteln die Prämienjäger in der Ziegeleiindustrie versucht wird, aus den Arbeitern den letzten Tropfen Arbeitskraft herauszupressen, lehrt eine Klage am Gewerbegericht in Opladen. Dort klagte der Ziegeleimeister Köpfermann gegen den Ziegeleibesitzer Ham an Herausgabe von 490 Mk. Prämie für die Kampagne 1912. Ans der Klageurkunde ging hervor, daß der Ziegeleimeister mit einem Wochenlohn von 40 Mk. angestellt war; außerdem sollte der Ziegeleimeister an Prämien erhalten: Wenn das Tauend Steine unter 7,50 Mk. Arbeitslohn hergestellt wurde 10 Pf., wenn das Tauend unter 7 Mk. hergestellt wurde 20 Pf., pro 1000 Steine. Nun geht aus der Klageurkunde weiter hervor, daß in der Kampagne 1912 an 2450 000 Steine zum Herstellungspreis von 6,94 Mk. angestrichelt wurden, ergo hätte der Ziegeleimeister noch 490 Mk. zu fordern.

Wie die Klage auszugehen wird, kann zurzeit noch nicht mitgeteilt werden, da Kompetenzfragen aufstehen, weil der Kläger ein Gehalt von über 2000 Mk. verdiene und deshalb die Klage wohl an das Gewerbegericht gehen würde. Es mag da geschämmt und angegriffen worden sein, wenn der Herstellungspreis pro 1000 Steine nur 6,94 Mk. beträgt. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Ziegeleibesitzer in ihrer Organisation, dem Fabrikarbeiter-Verband, zusammenschließen, um ihre zwölfwöchige Arbeitszeit abzuschaffen und um einen größeren Anteil am Ertrag der Arbeit zu erhalten.

**Papier-Industrie**

**Der preussische Wohnungsgesetzentwurf und der Generalsekretär der Papierfabrikanten.**

Der Generalsekretär des Vereins der Papierfabrikanten hat sich kürzlich im „Wochenblatt für Papierfabrikanten“ auch zu dem preussischen Entwurf eines Wohnungsgesetzes geäußert und dabei, wie schon so oft

bei andern Gelegenheiten, Anstehen zutage gefördert, die eigentlich mehr Mittel als Widerspruch hervorgerufen können. Da jedoch ein Kollege aus der Papierindustrie das Bedürfnis fühlt, dem in der Sorge für die „verführten“ Arbeiter ersterbedeutend Generalsekretär der Unternnehmer seine Meinung zu sagen, geben wir dazu gern Gelegenheit. Der Kollege schreibt:

Herr Ditzes, der Generalsekretär der Papierfabrikanten, schreit unter Sozialpolitik nur die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der mit derselben verwandten Bewegungen zu verheizen. Seine neueste Leistung läßt wenigstens keinen anderen Schluß zu. In einem Artikel über den preussischen Wohnungsgesetzentwurf schreibt er nämlich: „Gerade die Lösung der Wohnungsfrage ist es, wovon eine zielbewusste und eine erfolgreiche Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erwarten sein würde, denn so viel ist sicher, daß der Besitzer eines Grundstücks und ein Hauschen hat einer Partei nicht auszuweichen wird oder sich von ihr abwendet, deren Lehren — wenn man überhaupt von solchen sprechen kann — auf die Unzufriedenen zugeschnitten sind, und deren Vertreter darauf gerichtet ist, ihre Anhänger vom Besitz fernzuhalten und loszulösen, um sie desto fester im eigenen Bann zu halten.“ Fehlgelassen, Herr Ditzes! Allerdings haben denkende Arbeiter kein Interesse an einem Hauschen, von welchem sie noch nicht einmal einen Dachstuhl ihrer eigenen nennen dürfen. Daß aber die Sozialdemokratie ihre Anhänger vom Besitz fernzuhalten und loszulösen sucht, ist etwas Neues; denn bisher hieß es doch immer, sie wolle teilen. Und teilen heißt doch, sich etwas aneignen, den eigenen Besitz verarmen. Wahrscheinlich, die Fraßgierigkeit zeitigt großartige journalistische Leistungen!

Die hohen ohne entgegen hohe Wohnungspreise! So orakelt Herr Ditzes weiter. Wörtlich schreibt er: „Dazu kommt noch ein Gesichtspunkt, der von unten herauf die Sozialpolitik und namentlich von den Arbeitervertretern geschildert wird: Das sind die von Jahr zu Jahr insolge der wachsenden Ansprüche der Bauarbeiter steigenden Wäntel. Bekanntlich werden jetzt Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifverträge im Baugewerbe geführt. Die Arbeiter verlangen höhere Löhne nur der Begründung, daß alle Kosten der Lebenshaltung und auch diejenigen der Wohnungen steigen seien. Sollten die Bauunternehmer schwach genug sein, die ohnehin ohnmächtig hohen Löhne ihrer Arbeiter noch weiter zu steigern, so würden dann die Folge der Preissteigerungen sein müssen. Hieraus würden die Arbeiter wiederum Wünsche nach neuen Wohngeheimnissen aufbauen können, und so haben wir einen verhängnisvollen Kreislauf vor uns, woraus es ein Entrinnen nicht gibt. Uebrigens ist dieser ganze Vorgang auch eine praktische Illustration zu den Vorteilen der so viel angepriesenen Tarifverträge.“ Regierungen, Nationalökonomien, Bodenreform und Bürger, Achtung! Ditzes, der Meister, ist da, die Wohnungstaxe ist gelöst. Gebt den Berlinern und andern großstädtischen Bauarbeitern 30 Pf. Stundenlohn, den ländlichen nur 20 Pf., und ihr werdet sehen, unsere Hausgarnier und Bodenbesitzer lassen sich erweichen; sie geben jordan Arbeiterwohnungen, mit sämtlichem Komfort der Neuzeit, für 10 bis 15 Mk. Miete monatlich bei 1 Unre Skautunter verziehen auf Viebesgaben und Schutzgölle, das deutsche Volk lebt jordan in Wonne und Freude, die Sozialdemokratie aber und die freien Gewerkschaften liegen zerstückt am Boden. Zahlt die Löhne der Papierfabrikanten und Deutschland ist gerettet. Daß Herr Ditzes die Bauunternehmer schärf zu machen versucht, ist sehr verständlich, dafür ist er nun einmal wohlbestallter Unternehmer-Generalsekretär. Ob jedoch die Bauunternehmer etwas bewilligen, hängt nicht von deren gutem Willen ab, sondern von der Macht des deutschen Bauarbeiterverbandes.

Herr Ditzes beschränkt sodann den Bau von Fabrikwohnungen und preist dafür die Firmen Friedrich Krupp in Essen und — Müller u. Nießhammer in Krefeld. Daß die Arbeiter durch die Fabrikwohnungen an den Betrieb gefesselt und daß ihnen die Koalitionsfreiheit geraubt wird, ist nach Ditzes entsoch Schwindel. Wörtlich schreibt er hierzu: „Man frage nur einmal einen Arbeiter, der in einem Betriebsarbeiterhause wohnt, ob er sich nicht beglücklicher fühlt als sein Berufsgenosse, der sich mit Verarmern herumzuschlagen und der mit seiner Familie keinen Hausrat heute hierhin, morgen dorthin tragen muß. Und welcher Stolz erfüllt seine Brust, wenn er sich dieses Häuschen auf eigenem Grund und Boden durch Fleiß und Sparlichkeit, unterstützt durch zinstose Darlehen, seiner Arbeitsergebnisse erworben hat, wenn er seinen eigenen Kofel baut, wenn er imstande ist, eine Ziege, ein Schwein oder eine Kuh zu halten, und wenn er aus diesen Grundlagen zu einem behaglichen, wenn auch kleinen Wohlstand gelangt. Für die Sozialdemokratische Partei ist er freilich verloren; aber schließlich ist's auch nicht das Ziel der Befreiung, die Bürger des Reichs zu Anhängern der Sozialdemokratischen Partei zu erziehen.“ Wohlan, Herr Ditzes, Ihre Frage soll beantwortet werden. Als langjähriger Papierarbeiter hatte ich oft Gelegenheit, die Annehmlichkeiten der Betriebswohnungen kennen zu lernen, und ich kann Ihnen mitteilen, daß Sie — gar keine Ahnung haben. Daß sich ein Papierarbeiter, wenn er nicht selbst etwas Vermögen besitzt, mit 2,50 bis 3,50 Mk. Tagelohn ein Häuschen erwerben kann, dürfte nur dann möglich sein, wenn er von seinem Arbeitgeber zinstloses Kapital erhält. Damit wird er aber bis an sein Lebensende Schuldner seines Arbeitgebers. Und darauf ist es ja wohl auch abgesehen. Geradegu unfähig ist es überdies, zu behaupten, das Kapital sei zinstlos; denn durch dieses Kapital ist der Arbeiter gelunden, er kann nicht bessere Existenzbedingungen verlangen, und wir es es demnach, so liegt er einfach auf die Straße und das Kapital wird ihm gefällig. Hat der Arbeiter kein eigenes Kapital, und das Geld zurückzahlen, so wird er eben das Häuschen verlassen, sein bereits hineingeschüttertes Geld einbüßen und die so viel gepriesene Wohlfahrt hat ihr tragisches Ende erreicht. Aber auch um Schweine und Kühe halten zu können, ist wiederum Geld nötig. Und nicht nur Geld, sondern auch Arbeit. Um ihre traurigen Löhne zu verbessern, müssen die Papierer Arbeiterhanden machen. Wenn die Frau mitarbeitet, folgt abends die Hausarbeit. Wer baut denn nun wohl den Kofel? Die Arbeiter werden sich also wohl oder übel mit dem literarischen Kofel zufrieden geben müssen, der ihnen ab und zu im „Wochenblatt“ vorgefetzt wird.

... zur Behaglichkeit in den Betriebswohnungen. Das ist ein besonders interessantes Kapitel. Welche Zeitschrift der Arbeiter liest, welchem Verein er angehört, wie lange er eventuell einmal im Wirtschaftswort war, wie spät er ins Bett geht, alles weiß und erzählt die Firma. Ja sogar der von der Frau oder dem Kind dem Arbeiter zum Mittagessen vorgelegte Kofel, nach dem Rezept der Firma Bayer u. Co in Leverkusen hergestellt, kommt der Firma zu Gesicht. Und erst, wenn der Arbeiter freiwillig oder unfreiwillig den Arbeitsplatz verläßt, zeigt sich so recht die Wohlthätigkeit der Firmen. Sofort muß dann auch die Wohnung geräumt werden und der Arbeiter steht oftmals mit Hab und Gut, mit Kind und Kegel auf der Straße.

Herrn Ditzes ist scheinbar auch nicht bekannt, daß viele Fabriken von ihren Arbeitern beim Verlassen der Betriebswohnung verlangen, daß sie das Häuschen auf ihre Kosten neu renovieren lassen müssen und daß zu diesem Zwecke die Kautions des Arbeiters einbehalten wird?

Der Satz des Herrn Ditzes: „Für die Sozialdemokratische Partei (Soll wohl heißen Gewerkschaften) ist er freilich verloren“, beweist so recht deutlich, warum die Herren Arbeitgeber und ihre Trabanten in Köhlich berechneter Wohlthätigkeit aufgehen. Wer die Arbeiter vor der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften warnt, der fürchtet dieselben, und das ist der beste Beweis dafür, daß diese Organisationen, die Interessen der Arbeiterschaft einschließen vertreten. Die Papierarbeiter haben deshalb alle Ursache, ihre Vertretung dem Deutschen Fabrikarbeiter-Verband und nicht Herrn Ditzes oder seinen Auftraggebern anzubringen.

**+ Unfälle.**  
In der Schwarzburger Zellstofffabrik brennlichte am 10. Februar beim Kohlenausladen der Arbeiter K. Feinele dadurch, daß er von dem Kohlenwagen fiel und ein Bein brach.  
Am 13. Februar verunglückte in demselben Betriebe der Maschinist H. Sommer. Er brach ein Bein und trug Verletzungen am Kopfe davon.

**Unglücksfall.** Am 17. Februar geriet der 17 Jahre alte Arbeiter Joseph Reuter aus Bruchhausen in der Papierfabrik von Gebr. Döhl in Entzungen mit dem Fuß in eine Papiermaschine. Durch die Kamrader wurden ihm einige Feden zerquetscht und die Haut vom Schienbein abgezogen. Man brachte den Verunglückten mit dem Krankenauto in das städtische Krankenhaus nach Karlsruhe.